:antifaschistische nachrichten

Nr. 1

g 3336 11.1.2007 23. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

Die „Holocaust-Konferenz“ in Teheran:

Wer waren die Teilnehmer?

Die vom iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad seit Monaten wiederholte Behauptung, dass die Gründung des Staats Israel nicht legitim gewesen sei und dieser Staat deshalb heute keinerlei Existenzberechtigung habe, rief weltweit vorwiegend Kritik, zumeist scharfe Ablehnung hervor und tut dies weiterhin. Die iranische Reaktion hierauf war die Ankündigung einer „Holocaust-Konferenz“, deren Ergebnisse diese Position untermauern sollten.[1] Dieses im Januar 2006 angekündigtes Vorhaben hat die iranische Regierung nun verwirklicht: Am 11. und 12. Dezember 2006 fand diese Veranstaltung in Teheran statt, an ihr nahmen unter anderem 67 ausländische Gäste aus 30 Ländern teil. Das Konferenz-Projekt soll aus der Sicht der Veranstalter den Auftakt für die Arbeit einer auf Jahre angelegten „Wahrheitsfindungskommission“ bilden.[2]

Auf einer Pressekonferenz hatte der stellvertretende Außenminister Irans Manuscher Mohammadi betont, dass an der Konferenz keine Vertreter der rechtsextremistischen NPD teilnehmen würden. Die „Frankfurter Rundschau“ vermutete, dass deutsche Rechtsextremisten aus Angst, deutsche Behörden würden ihre Pässe konfiszieren, auf die Reise nach Teheran verzichtet hätten.[3] Der ehemalige NPD-Vorsitzende Günther Deckert war in Frankfurt an der Ausreise gehindert worden.[4] Der zur Zeit in Haft befindliche deutsche Holocaustleugner Horst Mahler hatte in einem Brief vom 14. November 2006 den iranischen Präsidenten für die Einberufung der Konferenz „über den nie bewiesenen Genozid“ gelobt, dies sei eine „historische Tat“.[5]

Die Konferenz stand unter dem Motto „Review of the Holocaust: Global Vision“. Ein Blick in die Teilnehmerliste[6] zeigt, dass bei der Konferenz zwei Gruppierungen dominierten:

1. Bekannte Holocaustleugner und andere Rechtsextremisten;

2. Politologen, Politiker und Journalisten, deren politische und wissenschaftliche Position nicht genau bestimmt werden können. In den Medien wird betont, dass kein ausgewiesener Historiker an der Konferenz teilgenommen habe.

Besonders ins Licht gesetzt wurden die angereisten Rabbiner aus verschiedenen Ländern, die zum Holocaust unterschiedliche Auffassungen vertraten, sich aber darin (auch mit den Gastgebern) einig waren, dass Israel heute ein bekämpfenswerter zionistischer Staat sei. Sie gehören alle der Organisation „Neturei Karta International“ (zu deutsch: „Juden vereint gegen Zionismus“) an. Während der Konferenz trugen sie Anstecker mit einer mit einem breiten roten Balken durchgestrichenen israelischen Flagge.[7]

Die erste Gruppierung sei etwas näher vorgestellt:

- Alexander Baron (Großbritannien)
- Jan Bernhoff (Schweden)
- Matthias Chang (Malaysia)
- Rabbiner Ahron Cohen (Großbritannien; Er widersprach als einziger Konferenzteilnehmer den Holocaustleugnern. Der Holocaust sei „umfassend dokumentiert“. Gleichzeitig sprach er sich für die Auflösung des Staates Israel und die Rückgabe des Landes an die Palästinenser. Nach Ansicht dieses orthodoxen Rabbiners sei das Exil des jüdischen Volkes gottbefohlen. Er klagte die Zionisten an, beim Holocaust mit den Nationalsozialisten gemeinsame Sache gemacht zu haben, um die Gründung eines säkularen, nationalistischen Staates Israel zu erleichtern.[8])
- David Duke (USA, früher Funktionär des Ku-Klux-Klan, heute prominenter Vertreter der weißen Rassisten)
- Robert Faurisson (Frankreich. Er nannte den Holocaust auf der Konferenz einen „Mythos“ und erntete dafür Beifall.[9])
- Rabbiner David Feldmann (USA: „Wir bestreiten nicht den Holocaust. Meine Großeltern sind Opfer des Holocaust geworden. Aber wir sind energisch dagegen, dass die Palästinenser unter dem Holocaust zu leiden haben. Wir sind gegen diesen zionistischen Staat.“ Feldmanns Visitenkarte trägt die Aufschrift: „Bete für die schnelle, friedliche Auflösung des Staates Israel.“[10])
- Rabbiner Moishe Ayre Friedmann (Österreich)
- Benedikt Frings (Deutschland, „Frings stellt sich als einfacher Facharzt für Psychiatrie aus Köln vor und ist nach seinen Worten nur daran interessiert, einmal frei über das Thema Holocaust diskutieren zu können. Er verschweigt, dass er stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD ist, oder zumindest war.“[11])
- Wolfgang Fröhlich (Österreich)
- Hans Gramlich (Österreich)
- Mohammed Hegazi (Australien)
- Richard Krege (Australien)
- Georege Kadar (Ungarn)
- Christian Lindner (Deutscher, lebt in Dänemark.[12])
- Prof. Dr. Patrick McNalley (Japan)
- Michael Collins Piper (USA)
- Michele Renouf (Großbritannien)
- Dr. Herbert Schaller (Österreich, Rechtsanwalt, Verteidiger des in Österreich verurteilten und eingesperrten Holocaust-Leugners David Irving aus Großbritannien)

→

Inhalt:

Protest gegen Verfahrenseinstellung wegen Kriegsverbrechen 6

Streit im FN um Symbole der „Modernisierung“ 9

◗ Bernhard Schaub (Erster Vorsitzender des „Vereins zur Rehabilitierung der wegen des Bestreitens des Holocaust Verfolgten“, Schweiz)
◗ Bradley R. Smith (Mexiko)
◗ George Thiel (Frankreich, Holocaustleugner, bezeichnete in Teheran die Existenz von Gaskammern „als Lüge“)
◗ Serge Thion (Frankreich)
◗ Frederick Toeben (Australien, in Oldenburg geboren; Toeben reist zur Erläuterung seiner „Thesen“ mit einem Modell des KZ Treblinka von Vortrag zu Vortrag.)
◗ Peter Töpfer (Deutschland)
◗ Rabbiner Yisroel David Weiss (USA)

Das Konferenz-Projekt war im Iran selbst umstritten. Der frühere Präsident des Landes Mohammed Chatami, der heute eine NGO zur Förderung des Dialogs zwischen verschiedenen Kulturen und Religionen repräsentiert, betonte: „Wir sollten wissen, dass eines der Verbrechen des deutschen Nationalsozialismus das Massaker an unschuldigen Menschen war, und unter diesen war ganz sicher eine große Anzahl Juden.“

Im gleichen Zusammenhang stellte er auch fest: „Aber diese historische Tatsache ist von Israel mit Blick auf die unterdrückte palästinensische Nation missbraucht worden.“[13] Am 12.12.2006 erklärte er: „Selbst wenn nur ein einziger Jude ermordet worden wäre, müssten wir das verurteilen.“[14]

Der iranische Intellektuelle Mashallah Shamselvaezin, Herausgeber der inzwischen verbotenen Tageszeitung „Jameh“ warf den Veranstaltern der „Holocaust-Konferenz“ vor, den Koran nicht richtig studiert zu haben. „Sonst hätten sie wissen müssen, dass unser heiliges Buch bereits den Mord an einem Einzelnen einem Massaker gleichsetzt.“[15] In ungewöhnlicher Schärfe äußerte sich der einzige jüdische Abgeordnete im iranischen Parlament Maurice Motamed. Die Konferenz sei eine „Beleidigung“ für die Juden im Iran und weltweit.[16]

Der Präsident Irans Ahmadinedschad bekräftigte gegenüber den Konferenzteilnehmern seinen Standpunkt. „Genauso wie die Sowjetunion vernichtet wurde und heute nicht mehr existiert, wird das zionistische Regime bald vernichtet werden. (...) Das ist das, was Gott versprochen hat und was alle Völker wollen (...) Mit Gottes Segen läuft der Countdown für den Zerfall Israels, und dies ist der Wunsch aller Nationen der Welt.“ Hierauf reagierte der israelische Präsident Ehud Olmert umgehend und eindeutig: Ahmadinedschad verkörpere „einen Antisemitismus (...) der schlimmsten Art“. Es gebe nur eine Art und Weise, diesem Politiker zu begegnen: „Man muss ihn stoppen. Keinerlei Toleranz, keine Geduld.“[17]

Die „Holocaust-Konferenz“ stieß international auf scharfe Kritik. Auch in Deutschland wurde ihre Durchführung von der Bundesregierung, von Vertretern aller demokratischen Parteien sowie von zahlreichen NGOs als durchsichtiges Propagandamanöver zurückgewiesen, das weder wissenschaftlichen Wert habe noch zur politischen Lösung der Konflikte im nahen und mittleren Osten konstruktiv beitrage.

Die Wortwahl in den deutschen und internationalen Medien zur Bewertung der so genannten Holocaust-Konferenz hat eine eindeutige Tendenz und erreichte eine erstaunliche Vielfalt: „verabscheuungswürdig“, „unerträglich“, „provokativ“, „billige Propagandafarce“, „schockierend“ , „iranische Provokation“, „Perversion“.

Die Bundeszentrale für politische Bildung führte am 11. Dezember 2006 in Berlin eine internationale Konferenz mit dem Titel „Der Holocaust im transnationalen Gedächtnis“ durch.[18]

Weltweit bekannte Wissenschaftler wie Raul Hilberg (USA), Politiker, Journalisten und zahlreiche Leiter von Projekten zur Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in Deutschland waren sich dort in ihrer Beurteilung und strikten Ablehnung der Teheraner Veranstaltung einig. Auch die Iranische Botschaft in Deutschland reagierte wenige Tage nach beiden Veranstaltungen. Anknüpfend an die Teheraner Konferenz lud sie für den 16.12.2006 in die Berliner URANIA zu einem „Prophet Muhammed Symposium“ ein.

Bei den deutschen Rechtsextremisten aller Richtungen fand die Teheraner Konferenz hingegen eine positive Unterstützung. Beispielsweise gab die Landtagsfraktion der NPD vor einigen Tagen dem Holocaustleugner Bernd Rabehl bei einer Anhörung im Schweriner Landtag die Gelegenheit, seine Positionen ausführlich darzustellen.

Die vom Verfassungsschutz in Bund und Ländern seit Jahren dokumentierte Strategie Rechtsextremer, ihren Antisemitismus hinter „ehrlichem“ Antiamerikanismus und prinzipieller Kritik an der Politik der israelischen Regierung zu verstecken, erhält durch Veranstaltungen wie die Teheraner Konferenz weiteren Auftrieb. Einen ähnlichen Beitrag zur Unterstützung Rechtsextremer leisten die wiederholten Drohungen und Verleumdungen des iranischen Präsidenten gegenüber Israel.

Linke in Deutschland, in Israel und anderswo sind in der Pflicht, bei ihrer USA- und Israel-Kritik jegliche scheinbare Übereinstimmung mit rechtsextremistischen Ansichten zu vermeiden. Das Bestreiten des Existenzrechts Israels wie die Leugnung des Holocausts sind mit linken Positionen unvereinbar.

Aber auch hier liegen die Fallstricke im Detail der täglichen, um Differenzierung wie Eindeutigkeit bemühten politischen Auseinandersetzung.

Aus einem Interview mit Moshe Zuckermann[19]:

„(...) Ich neige zu der Annahme, dass die Situation, in der wir uns befinden, nichts mit „dem Wesen“ der Araber oder „dem Wesen“ der Juden zu tun hat, sondern mit den historischen Ereignissen. Außerdem: Den Krieg haben wir ausprobiert. Das Einzige, was wir noch nicht ausprobiert haben, ist der Friede. Israel ist in seiner Existenz nicht bedroht. Konventionell kommt niemand gegen Israel an. Und wer einen nuklearen Konflikt mit Israel sucht, der weiß, dass er innerhalb von sechs Stunden von der Landkarte radiert ist.

(...) Spielt da nicht auch die Angst vor einem „neuen Antisemitismus“ eine Rolle? Es gibt den Antisemitismus als sozialpsychologisches Phänomen – der braucht oft nicht einmal Juden. Aber der Antisemitismus wird heute durch die Geschehnisse im Nahen Osten gespeist. Ich sage nicht, dass der Nahostkonflikt den Antisemitismus schafft. Aber die israelische Politik verschafft dem Antisemitismus Legitimation. Da kann ich nur sagen: Bravo, tolle Leistung! Und wie wird darauf reagiert? Indem man versucht, jede Kritik an Israel mit Antisemitismus gleichzusetzen. Sogar Juden wie ich, die Israel kritisieren, werden als objektive Zuträger des Antisemitismus bezeichnet – absurder Weise sogar von nichtjüdischen Israelfans, die den behaupteten Antisemitismus benützen, um sich selbst zu profilieren. (...)“

Noch ein Lesetipp: Bernhard Schmid: Der Krieg und die Kritiker. Die Realität im Nahen Osten als Projektionsfläche für Antideutsche, Antiimperialisten, Antisemiten und andere.

Horst Helas, www.rosaluxemburgstiftung.de, http://www.rosalux.de/index.php?id=12603 ■

Anmerkungen:
[1] Als Quellen für diesen Artikel dienen Informationen der Netzwerke IDAFAR und Querfront-Info.
[2] Nach einem Bericht der Financial Times Deutschland. Siehe: ND 31.1.2006, S. 12.
[3] Siehe: Frankfurter Rundschau, 12.12.2006.
[4] Siehe: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.12.2006, S. 6.
[5] Siehe: Ebenda.
[6] Siehe: IDAFAR-Mailingliste am 13.12.2006 (http://www.idafar.info)
[7] Siehe: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.12.2006, S. 6.
[8] Siehe: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.12.2006, S. 6.
[9] Siehe: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.12.2006, S. 6.
[10] Siehe: Berliner Zeitung, 13.12.2006, S. 3.
[11] Siehe: Martin Ebbing in: Berliner Zeitung, 13.12.2006, S. 3.
[12] Siehe: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.12.2006, S. 6.
[13] Siehe: ND 1.3.2007, S. 7.
[14] Siehe: Tageblatt St. Gallen, 13.12.2006.
[15] Siehe: Ebenda.
[16] Siehe: ND 13.12.2006, S. 2.
[17] Siehe: Der Standard, 12.12.2006.
[18] Einige Unterlagen dazu können bei mir eingesehen werden.
[19] Siehe: taz 13.12.2006, S. 12.

Nitzsche im BVMU-Vorstand

OSSLING/DORTMUND. Der sächsische Bundestagsabgeordnete Henry Nitzsche, jüngst nach heftiger Kritik an seinen extrem rechten Äußerungen aus der CDU ausgetreten, wurde Ende vergangenen Jahres in den Vorstand der „Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer" (BVMU) gewählt. Der hatte auf seiner gemeinsamen Generalversammlung mit dem Landesverband NRW des „Bund der Selbständigen" (BDS) in Norden-Norddeich auch den bisherigen Präsidenten, den Gummersbacher Unternehmer Hans Peter Murmann, in seinem Amt bestätigt. In der Verbandszeitschrift „Der Selbständige" wirbt Nitzsche in einer Anzeige um Spenden für die Evangelische Mittelschule Oßling, deren Trägerverein er vorsteht. Zwar werde die Schule, eine „Mittelschule auf der Grundlage christlichen Bekenntnisses", von der GLS-Gemeinschaftsbank in Bochum finanziert, allerdings müssten 40 000 Euro als Eigenkapital aufgebracht werden, so Nitzsche.

hma ■

Mathilde Ludendorff verpflichtet

BÜHNSDORF. Für die Antisemitin und Rassistin Mathilde Ludendorff (1877-1966) war die „Erhaltung der Rassereinheit und der seelischen völkischen Eigenart" eine höchste Aufgabe. Gemeinsam mit ihrem Mann, dem General Erich Ludendorff (1865-1937), der schon 1923 den Hitler-Putsch unterstützt hatte, leitete sie zahlreiche Vereinigungen und Publikationen. Der Philosophie von Mathilde Ludendorff verpflichtet ist auch der „Arbeitskreis für Lebenskunde". Der wirbt mit Anzeigen u.a. in der rechten Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit" für seine Ferienlager. Davon bietet der eingetragene Verein auf seiner Internetseite für dieses Jahr gleich eine ganze Reihe an: Zeltlager in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und den Alpen gehören ebenso dazu wie „Singeleiterwochenende", „Philosophische Wochenende", „Erziehertagung" und „Ostpreußenfahrt".

In den Ferienlagern und den Wochenendfreizeiten wird „Lebenskunde" in „den Tagesablauf eingebunden und in Gesprächskreisen vertieft", heißt es auf den Internetseiten des Vereins. Zu den Themen gehören die „Pflege der Kultur und der Gemütswerte", die „Selbst- und Volkserhaltung" („Die Erhaltung der Vielfalt und Verschiedenheit aller Kulturen und Völker ist uns ein besonderes Anliegen"), „Sittengesetz und Moralvorstellungen" und „Kenntnisse über das Weltall und die Naturgesetze". Kontaktadresse für den Verein ist Maren Preisinger aus dem westlich von Lübeck gelegenen Bühnsdorf.

hma ■

Für Hennig demonstriert

ACHIM/NEW YORK. Zum Ende des Jahres 2006 haben Mitglieder des „Captive Nations Committee" vor der deutschen Vertretung in New York „für die Wiederherstellung der Meinungsfreiheit" in der Bundesrepublik demonstriert. Im Mittelpunkt ihres Protestes stand der im niedersächsischen Achim inhaftierte Arzt Dr. Rigolf Hennig. Der ehemalige Funktionär der neofaschistischen „Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH) war während seines Gefängnisaufenthaltes als Parteiloser auf der Liste der NPD in den Stadtrat von Verden sowie in den Kreistag gewählt worden. Ein Freigang wurde Hennig mit der Begründung verwehrt, es bestehe eine Wiederholungsgefahr. Das 1959 von osteuropäischen Exil-Gruppen und anderen antikommunistischen Vereinigungen gegründete „Captive Nations Committee" sieht darin eine Unterdrückung der Meinungsfreiheit, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte garantiert wird.

hma ■

Schlamperei bei Zwangsarbeiter-Entschädigung

BERLIN. Zur „abschließenden" Kuratoriumssitzung der „Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" scheint festzustehen, so die Kuratorin und innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE., Ulla Jelpke, dass etlichen NS-Zwangsarbeitern die Entschädigung verweigert zu werden droht, weil die Bearbeitung ihrer Anträge verzögert worden ist. Der Internationale Suchdienst (ISD) des Roten Kreuzes in Bad Arolsen hat vor drei Jahren 221.000 Euro dafür erhalten, bei ihm eingereichte Anträge von Zwangsarbeitern an die zuständigen Partnerorganisationen weiterzuleiten. Dennoch blieben Anträge jahrelang unerledigt liegen. Im November 2004 räumte der ISD ein, in ungeöffneten Postsäcken befänden sich eine Million Briefe, darunter geschätzte 5000 Anträge. Mehrere Tausend Schriftstücke von ehemaligen Zwangsarbeitern, die erst in den letzten Monaten vom ISD weitergeleitet wurden, sind wegen der ablaufenden Fristen gar nicht mehr bearbeitet worden. Darunter sind sowohl Entschädigungsanträge als auch Beschwerdeverfahren und Anträge auf Höherstufung. Wie hoch die exakte Zahl jener Zwangsarbeiter ist, deren Forderungen nun „wegen Fristversäumnis" unbeglichen bleiben, ist unbekannt, man muss aber befürchten, dass es um mehrere Hundert Fälle geht.

„Am 31. Dezember 2006 endet laut Stiftungsgesetz der Auszahlungszeitraum. Wer bis dahin keine Entschädigung erhalten hat, für den ist jede Frist verflossen und jeder Rechtsanspruch erloschen. Es darf aber nicht sein, dass Opfer des Faschismus nun auch noch Opfer bürokratischer Schlamperei werden. Auf eine Anfrage von mir verwies die Bundesregierung achselzuckend auf die Rechtslage. Ich werde das Thema morgen auf der Kuratoriumssitzung ansprechen. Der juristische Spielraum der Stiftung ist jedoch so eng, dass hier die Politik gefordert ist. Es muss sichergestellt werden, dass alle, die im Dritten Reich Zwangsarbeit leisten mussten, Entschädigung erhalten."

PM Ulla Jelpke ■

Bundesparteitag der REP

Auf dem am 9. und 10. Dezember 2006 in Höchstädt abgehaltenen Parteitag der Republikaner vertraten die Delegierten noch rund 6000 Mitglieder (1994 gab es noch 20.000 Mitglieder). Zur Bilanz ihres Niedergangs zählte auch der Absturz auf 0,6 Prozent Wähleranteil bei der Bundestagswahl 2005, was gerade noch für eine Wahlkampfkostenerstattung reichte. Zum zentralen Streitpunkt auf dem Parteitag, ausgedrückt auch in der Kontroverse zwischen Parteichef Rolf Schlierer (Stuttgart) und seinem Stellvertreter Björn Clemens (Düsseldorf) wurde das Verhältnis zur NPD. Clemens, der ausgehend vom Zustand der Partei diese schon seit längerer Zeit auf einen radikaleren Weg führen will, trat für einen „Burgfrieden" mit der NPD, für ein Heranrücken an den „Deutschlandpakt" von NPD und DVU ein, wollte mit der NPD „ergebnisoffen" über Wahlabsprachen reden. Schlierer bezeichnete dagegen Kooperationen oder Absprachen mit der NPD als völlig indiskutabel: „Wir haben kein gemeinsames Anliegen mit der NPD. Wir bekennen uns zur Demokratie". Die Mehrheit der Delegierten folgte ihm. Mit 136 von 206 Stimmen wurde Schlierer im Amt bestätigt, während Clemens nur auf 71 Stimmen kam. Auch die Stellvertreter Schlierers, die Landesvorsitzenden aus NRW, Hessen und Bayern, blieben auf dessen Linie (Uschi Winkelsett erhielt 144 Stimmen, Haymo Hoch 124 Stimmen und Johann Gärtner 122 Stimmen). Clemens, der nach seiner Niederlage gegen Schlierer auch nicht mehr für einen Stellvertreterposten kandidierte, wurde durch Dirk Hacaj (Salzgitter) ersetzt. Dieser war trotz des Abgangs vieler Funktionäre in Niedersachsen aus der Partei dort in seinen Stellungen verblieben.

Trotz dieses Ausgangs in den Personalentscheidungen lässt die vom Parteitag noch angenommene Resolution mit der Überschrift „Unseren Staat und die freiheitlich-demokratische Grundordnung verteidigen – Keine Absprachen oder Zu-

→

sammenarbeit mit linken, rechten oder liberalen Extremisten“ keinen Zweifel am rechtsextremen Geist der Republikaner. Während die Aussagen zu Staat, Nation und Grundgesetz blumige Phrasen bleiben, heißt es unzweideutig, dass sie „ ... jeder Kooperation mit Parteien und Organisationen entgegengesetzter Zielrichtung wie etwa NPD oder Neonazigruppen oder aber PDS/Linke oder den Grünen eine eindeutige Absage“ erteilen. Und ihre ausländerfeindliche Haltung unterstreichen sie mit der Aussage, dass sie unbeirrt „gegen den Ungeist des Multikulturalismus, gegen eine exzessive Einwanderungs- und Einbürgerungspolitik, gegen die weitere Preisgabe unserer nationalen Souveränität an die Europäische Union und andere supranationale Organisationen“ kämpfen wollen.

Die Häme der NPD ließ nicht auf sich warten. Enttäuscht über die neuerliche Absage der Republikaner an ein Zusammengehen mit NPD und DVU meldete sich ihr ideologischer Vorreiter Jürgen Gansel mit einem Kommentar zu Wort und schrieb, die Republikaner hätten sich für den politischen Selbstmord entschieden. Die Delegierten hätten ihr „Stalingrad“ selber herbeigeführt, ihr „politisches Todesurteil“ unterschrieben und würden nun vollends im Orkus der politischen Bedeutungslosigkeit versinken. Statt Kondolenzbekundungen solle man aber den „Restpatrioten“ in der Partei weiter den Wechsel zur NPD empfehlen.

aus Newsletter AG Rechtsextremismus/ Antifaschismus der Linkspartei/PDS 1/2007 ■

Unionsstudenten mit völkischem Einschlag

HAMBURG. Bei den Wahlen zum Studierendenparlament an der Universität Hamburg kandidierte der Rechtsextremist Martin Stoffers auf dem Ticket der CDU-Hochschulgruppe für das Studierendenparlament. Nach Bekanntwerden seiner Mitgliedschaft in dem „Delegierten Convent Europäischer Corporationen“, einer Dachorganisation von Studentenverbindungen, deren Funktionär Martin Stoffers nach eigenen Angaben bis 1997/98 war, zog er seine Kandidatur zurück. Gegenüber der taz-hamburg begründete Stoffers seine Mitgliedschaft in dem DCEC mit seinem Eintritt in die „Burschenschaft Tafelrunde zu Wien“, deren Dachverband der DCEC sei. Nach Auffassung des „Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes“, einer renommierten Stiftung, die gemeinsam von der Republik Österreich, der Stadt Wien und dem Verein des Dokumentationsarchivs getragen wird und sich mit den NS-Verbrechen sowie dem aktuellen Rechtsextremismus beschäftigt, sei die „Europaburschenschaft Tafelrunde zu Wien“ eine „sogar in der Wiener Burschenschaftsszene als zu weit rechts außen verschriene Korporation.“

Aber auch nach diesem Rücktritt bleibt der RCDS an der „Hochschule für Angewandte Wissenschaften“ in Hamburg fest in schlagender Burschenhand. Dennis Behnke (Vorsitzender) und Carsten Rönnau (Schatzmeister) kommen beide aus der Burschenschaft Germania-Königsberg. Ihr Dachverband Deutsche Burschenschaft (DB) hatte sich erst 2005 mit der NPD wegen eines drohenden Verbotes solidarisiert. Auch bei den Königsberg-Germanen grüßt man schon mal mit „Heil“ und bietet der „Staats- und Wirtschaftpolitischen Gesellschaft (SWG)“ das Haus für Vorträge mit Referenten aus nationalistischen Kreisen an.

Das sich so viele Verbindungsstudenten in den Reihen des RCDS befinden, verwundert nicht, stellen Korporierte doch seit Jahrzehnten einen wichtigen akademischen Pool der Unionsparteien. Überraschend ist jedoch, dass es sich beim Hamburger CDU-Nachwuchs nicht wie üblich um Korporierte aus den konservativen, konfessionellen Verbindungen handelt, sondern um weiter rechts angesiedelte Verbände, darunter die völkische Deutsche Burschenschaft (DB) und die neofaschistische Chattia Friedberg.

Bereits im Mai 2005 vermeldete die konservative Zeitung Welt: „Burschenschaft lockt Neonazis an die Universität“ und machte auf die „von den Sicherheitsbehörden als rechtsextrem eingestufte Burschenschaft ‚Pennale Burschenschaft Chattia Friedberg zu Hamburg‘“ aufmerksam. „Einzelne Mitglieder der Burschenschaft sind nach Erkenntnissen des Hamburger Verfassungsschutzes selbst in der rechtsradikalen Szene aktiv“, wusste die Welt weiterhin zu berichten.

Die streng konspirativ arbeitende Verbindung von Schülern, Studenten und Nichtakademikern kommt ursprünglich aus dem hessischen Friedberg und warb erstmals 1995 mit dem Spruch „Volkstum – Wahrheit – Recht“ an Hamburger Schulen. Heute begrüßt man sich mit „Heil“, meint, „für Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung streiten zu müssen“ sowie gegen „sittliche Entartung“, und fühlt sich als „das letzte Aufgebot Deutschen Volkstums“. Die propagierte völkische Ideologie wird kombiniert mit einem betont männlichem Habitus: Die braunen Burschen schlagen Säbelmensuren am nackten Oberkörper, eine Praxis, die selbst in waffenstudentischen Kreisen auf Widerspruch stößt. Die Chattia hat Kontakte zu ehemaligen Waffen-SS-Mitgliedern, und einige ihrer ehemaligen Schüler sind inzwischen bei der Burschenschaft Germania Hamburg aktiv.

Aufmerksamkeit erregte die Chattia im Mai diesen Jahres, als sie einen Vortrag des „Weltkriegsveteranen“ und Auschwitzleugners Klaus Christoph Marloh im Stellinger Alten Rathaus im Mai als „Pflichttermin“ empfahl: Gekommen war die gesamte Hamburger Neonazi-Prominenz von NPD und Freien Nationalisten.

Felix Krebs, Buchautor »... und er muss deutsch sein«, Geschichte und Gegenwart der studentischen Verbindungen in Hamburg, VSA-Verlag ■

Zweifel an Bahn-Ausstellung über Deportationen

BERLIN. In mehreren Erklärungen haben die Initiatoren der Ausstellung über die NS-Deportationen der Reichsbahn erste Zugeständnisse des Bahnvorsitzenden Mehdorn begrüßt, aber für nicht ausreichend erklärt. Mehdorn willigte nach zweijährigen Verboten ein, die deutschen Publikumsbahnhöfe für das Gedenken an 11.000 deportierte jüdische Kinder und 3 Millionen weitere Reichsbahn-Opfer zu öffnen. Allerdings, so Mehdorn in einer gemeinsamen Erklärung mit Bundesverkehrsminister Tiefensee, verfolge die Bahn AG „ein eigenes ... Konzept“. Demgegenüber verlangen Beate und Serge Klarsfeld die Einrichtung eines wissenschaftlichen Komitees, an dem ihre Opferorganisation beteiligt werden müsse. Die „Initiative Elftausend Kinder“ fordert eine Mitwirkung der deutschen Öffentlichkeit, insbesondere der in 20 deutschen Städten arbeitenden Bürgerinitiativen.

Zweifel bestehen auch an den von Mehdorn zugestandenen Ausstellungsinhalten. Ziel der Ausstellung sei es, „die Rolle der Reichsbahn im Holocaust aufzuzeigen“, diese Einschränkung lehnen die Initiatoren ab. Das Schicksal der Kinder und aller anderen Deportierten müsse in den Mittelpunkt gestellt werden. Gegen Versuche, die Ausstellung in Seitenbereiche der Bahnhöfe zu drängen, kündigen die Initiatoren Widerstand an.

Wegen der Alleinverfügung Mehdorns über Ausstellungsinhalte und Ausstellungsorte kündigen die Initiatoren weitere Demonstrationen auf deutschen Bahnhöfen an und wollen die internationale Öffentlichkeit verstärkt einbeziehen.

Initiative Elftausend Kinder, 3.12.06 ■

Gegen Nazizentren in der Vorderpfalz

GRÜNSTADT/KIRCHHEIM. Unter dem Motto „Kein Schorle für Nazis – Weg mit den Nazis und ihren Zentren!“ findet am 13. Januar 2007 in Grünstadt/Kirchheim (Pfälzische Weinstraße) eine überregionale Demonstration gegen die beiden Nazizentren in Kirchheim und Altleiningen statt. Zur Demonstration ruft das Antifa Aktionsbündnis Rhein Neckar (AARN) und das Antifa Aktionsbündnis Baden-Württemberg (AABW) auf. Beginn der Demonstration ist um 13 Uhr am Bahnhof Grünstadt. *Antifa Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN), unterstützt v.m Antifa Aktionsbündnis Bad-Württemberg* (AABW) ■

Zu Besuch beim Kriegsverbrecher

Antifaschisten fordern Anklageerhebung gegen den ehemaligen SS-Untersturmführer Gerhard Sommer

von Lars Reissmann

Am Samstag, den 16. Dezember 2006, besuchte eine kleine Gruppe von Antifaschisten das Seniorenheim am Lerchenberg in Hamburg-Volksdorf. Der wegen des Massakers von Sant'Anna verurteilte Gerhard Sommer lebt bekanntermaßen dort. In der Wohnanlage wurde ein Flugblatt – dass in Auszügen unten wiedergegeben ist – in die etwa 50 Briefkästen verteilt. Der ehemalige SS-Offizier Gerhard Sommer wurde zusammen mit neun weiteren Angeklagten am 22. Juni 2005 in Italien wegen Mordes an 560 Zivilisten in dem italienischen Bergdorf Sant'Anna di Stazzema zu lebenslanger Haft verurteilt. Gegen das Urteil legte Sommer Widerspruch ein, der wie die anderen Revisionsanträge am 21. November 2006 vom zuständigen Militärgericht in Rom abgelehnt wurde: Gerhard Sommer ist damit ein rechtskräftig verurteilter Kriegsverbrecher.

Darüber kam die Gruppe ins Gespräch mit Bewohnerinnen: Sie sagten, dass Gerhard Sommer von Gemeinschaftsveranstaltungen im „Haus Lerchenberg" ausgeschlossen ist. Ein Gespräch mit der Einrichtungsleitung, Herrn Tobola, war nicht möglich, da am Samstagmittag nur einige Pflegerinnen anwesend waren. Dafür konnte Herr Sommer das Flugblatt persönlich überreicht werden. Auf die Frage, was er zu seiner rechtskräftigen Verurteilung in Italien sagen würde, antwortete er: „Das ist doch alles gar nicht wahr." Zur Sache: kein Ton. Sommer sagte nur noch: „Nun verlassen Sie bitte meinen Tisch." Ein weiteres Gespräch wäre aber eh sinnlos gewesen. Sommer ist gesundheitlich fit und auch noch verbal ganz schlagfertig. Ohne Zweifel wäre er im Fall einer Anklage auch verhandlungsfähig. Das anschließende Verteilen der Flugblätter auf dem Volksdorfer Wochenmarkt und an der U-Bahn stieß – im Gegensatz zu vormaligen Erfahrungen – wegen der kalten, sehr feuchten Witterung auf kein so großes Interesse.

Der Prozess wegen Sant'Anna ist nicht das einzige Strafverfahren wegen NS-Verbrechen in Italien: Auf den Schreibtischen italienischer Staatsanwälte stapeln sich Berge ähnlicher Akten über ehemalige Wehrmachtssoldaten oder SS-Angehörige, denen die Beteiligung an Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden. Während der 20 Monate dauernden deutschen Besatzung wurden etwa 10.000 Zivilpersonen umgebracht. Anlass für das späte juristische Vorgehen der italienischen Justiz war ein alter Aktenschrank im Palazzo Cesi, dem Sitz der Militärgeneralstaatsanwaltschaft im Rom. Dort wurden in den 50er bis Anfang der 60er Jahre größtenteils noch von den Alliierten angelegte Akten über Kriegsverbrechen gelagert, die an die zuständigen Militärstaatsanwaltschaften hätten verschickt werden müssen. Doch die Unterlagen verblieben im Schrank. Während des Kalten Krieges nahm man in Italien auf den NATO-Partner Bundesrepublik Rücksicht. Erst Mitte der 90er Jahre öffnete ein italienischer Justizbeamter auf der Suche nach Unterlagen für das Verfahren gegen Erich Priebke den Schrank. Nahezu 700 Akten kamen zum Vorschein und wurden diesmal an die zuständigen Militärstaatsanwälte verschickt. Es folgte eine Reihe von Prozessen und Verurteilungen wie im Fall Sant'Anna.

In Deutschland wird zur Zeit zwar auch ermittelt, aber bisher wurde nur gegen den ehemaligen SS-Chef von Genua, Friedrich Engel aus Hamburg, der Prozess eröffnet, letztlich aber eingestellt. Ende 2005 ermittelte die „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NSVerbrechen" in Ludwigsburg wegen 25 NSVerbrechen in ganz Europa. Schwerpunkt der Ermittlungen ist Italien. Deutsche Staatsanwälte gehen davon aus, dass noch mindestens 200 „Tatbestände" in Italien untersucht werden müssen.

Aktion im Sommer 2006

In München waren im Frühjahr 2006 elf Verfahren – auch wegen Massaker in Griechenland – anhängig, in Dortmund sind es derzeit neun Verfahren wegen NS-Verbrechen in Italien. Die Urteile gegen deutsche Kriegsverbrecher im Ausland bleiben für die Täter in der Regel folgenlos, da nach dem Grundgesetz Deutsche nicht an andere Staaten ausgeliefert werden dürfen. Die deutschen Staatsanwaltschaften müssten auf Grundlage dieser Akten eigene Verfahren einleiten, wie im Fall Friedrich Engel geschehen: In Turin war der ehemalige SS-Offizier zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Er war für den Tod von 246 Geiseln verantwortlich. Das Hamburger Landgericht verurteilte Engel zunächst wegen Mordes zu sieben Jahren Haft. Doch selbst diese im Vergleich geringfügige Haftstrafe musste Engel nie antreten. Der Bundesgerichtshof hob das Urteil auf, da nicht ausreichend geprüft worden sei, ob Engel bewusst die Möglichkeit einer weniger grausamen Durchführung der Tötungshandlungen außer Acht gelassen habe oder aufgrund der Auswahl der Opfer das Mordmerkmal des niedrigen Beweggrundes gegeben sein könnte.

Am 22. Juni 2005 war das Urteil in Italien wegen des Massakers in Sant'Anna verkündet worden. An diesem Tag beauftragte Enrico Pieri, der Vorsitzende des Vereins der Opfer von Sant'Anna, die Hamburger Rechtsanwältin Gabriele Heinecke, die Nebenklage im deutschen Verfahren wegen des Massakers zu übernehmen. Enrico Pieri verlor am 12. August 1944 fast seine gesamte Familie: seinen Vater, seine damals schwangere Mutter, zwei Schwestern, zwei Großeltern, zwei Onkel und mehrere Vettern. Seit eineinhalb Jahren verschleppt die Stuttgarter Staatsanwaltschaft den Abschluss der Ermittlungen, da sie meint, analog zum Urteil des BHG noch weitergehend jedem einzelnen Täter die sogenannten Mordmerkmale der Tat nachweisen zu müssen. Gegen keinen der Täter wurde bisher Anklage erhoben. Für die Überlebenden des Massakers und ihre Angehörige ist es von großer Bedeutung, dass die Täter öffentlich zur Verantwortung gezogen werden. Für die Opfer ist die Geschichte nicht vorbei. Wir müssen dafür sorgen, dass der Schutz für die Täter, den die Justiz de facto mit ihrer Untätigkeit und Zögerlichkeit darstellt, beendet wird!

Im Fall Sant'Anna gewährte die Staatsanwaltschaft Stuttgart der Nebenklage erst nach einem Jahr Akteneinsicht. Bezogen auf den ehemaligen SS-Untersturmführer Gerhard Sommer sieht Rechtsanwältin Gabriele Heinecke die Beweislage durch die bisherigen Ermittlungen für eine sofortige Anklageerhebung als hinreichend an. In den Ermittlungsakten finden sich verschiedene Zeugenaussagen, dass Gerhard Sommer als Kompanieführer den Erschießungsbefehl auf dem Kirchvorplatz erteilt hätte, durch den über 120 Menschen, zumeist Frauen und Kinder, im Maschinengewehrhagel ermordet wurden.

Um den Schutz der NS-Täter zu skandalisieren, informierten wir im Frühjahr 2006 mit einem ersten bundesweiten Aktionstag die Nachbarn der Verurteilten an ihren Wohnorten über die NSVerbrechen in Italien. An unserem zweiten Aktionstag führten wir am 8. Dezember 2006 in München eine Kundgebung wegen des Massakers an 4.000 italienischen Kriegsgefangenen in Kephallonia/ Griechenland durch (siehe Bericht S. 6).

Am 9. Dezember waren wir mit Flugblättern und Lautsprecher unter anderem vor den Wohnhäusern der wegen des Massakers in Sant'Anna Verurteilten: bei Alfred Concina in Freiberg und bei Horst Richter in Krefeld. ■

Italienische Delegation protestierte gegen Verfahrenseinstellung gegen einen Kriegsverbrecher

Um ihrer Empörung über die Einstellung des Verfahrens gegen den Kriegsverbrecher Ottmar Mühlhauser Ausdruck zu verleihen, war eine große Delegation von AktivistInnen, Angehörigen der Ermordeten, Rechtsanwälten und Senatoren aus Italien zur Pressekonferenz und einer Kundgebung vor dem Landgericht München am 8. dezember angereist. Der heute 83-jährige Ottmar Mühlhauser, der die Erschießung von 4000 kriegsgefangenen italienischen Soldaten und Offizieren befehligt hatte, muss sich, wenn es nach Staatsanwalt Stern geht, nun nicht vor bundesdeutschen Gerichten verantworten. Die deutsche Justiz vereitelt bis heute die Strafverfolgung von Mühlhäuser und allen anderen Kriegsverbrechern, die Massaker in Griechenland verübt hatten.

Deutsche PolitikerInnen waren nicht eingeladen worden, was vielleicht an ihrer Zurückhaltung bei den jährlichen Protesten in Mittenwald gegen das Gebirgsjägertreffen lag.

Nach der Pressekonferenz am Stiglmaierplatz gingen die TeilnehmerInnen in einer spontanen Demonstration den kurzen Fußweg zum Justizgebäude an der Nymphenburger Straße. Dort wurde die Gruppe mit Partisanenliedern von einigen AntifaschistInnen empfangen. Das Fernsehteam des italienischen Fernsehsenders RAI und die Sprachbarriere – die für die KundgebungsteilnehmerInnen wegen zwei fitten DolmetscherInnen kein Problem war – ließen die Polizei sehr zurückhaltend werden.

Anklage auch für die Geschichtsschreibung wichtig

Marcella de Negri, Tochter des auf Kephallonia ermordeten Hauptmanns Cap. Francesco De Negri sagte, als Nebenklägerin in dem Prozess, den sie mit RA Gilberto Pagani und RA Michael A. Hoffmann führe, hätte sie sich vom italienischen Staat sehr allein gelassen gefühlt, als Staatsanwalt Stern diesen zu den Akten legen wollte.

Deswegen verlange sie eine Einmischung und Unterstützung seitens der Regierungen, denn dies sei kein privater Streit zwischen ihr und StAw Stern. Mit dieser Begründung hatte sie auch die persönliche Einladung in das italienische Konsulat in München abgelehnt und den Konsul eingeladen, selbst zu kommen, wenn er der Öffentlichkeit etwas mitzuteilen hätte. Wenn dies nur eine diplomatische Sache bleibe zwischen Deutschland und Italien, interessiere sie es nicht.

Bundeskanzlerin Merkel wäre als Freundin Italiens gerade erst in der Mailänder Skala zu Besuch gewesen, aber diese Freundschaft beinhalte auch die Verantwortung, endlich gegen Kriegsverbrecher vorzugehen. Die 30.000 Seiten umfassende Akte enthalte Fotos und Zeugnisse von früher aus Italien und Griechenland und sei auch wichtig für die Geschichtsschreibung, nicht nur um diesen Fall zu gewinnen.

StAw Stern habe gesagt, es tue ihm Leid, Verräter gesagt zu haben. Darauf antworte sie, eine sehr einfache Art der Entschuldigung sei, die Einstellung des Verfahrens zurück zu nehmen und Anklage gegen Ottmar Mühlhauser zu erheben.

Kundgebung vor der Generalstaatsanwaltschaft in der Nymphenburger Straße

Nürnberger Urteile über den Haufen geworfen

Das Verfahren gegen Mühlhäuser, der verantwortlich für 4000 Ermordete ist, sei von herausragender Bedeutung, da die Einstellung nicht nur die Gefühle der Betroffenen beleidige, sondern dieser Geschichtsrevisionismus die Urteile der Nürnberger Prozesse über den Haufen werfe, so Rechtsanwalt Gilberto Pagani.

„In Nürnberg wurden Geiselerschießungen auch am Fall Kephallonia verurteilt und dadurch festgeschrieben, dass die Opfer Angehörige einer Armee, also Kriegsgefangene gewesen seien und in keinem Fall Heckenschützen oder gar Verräter. Eines der großen Verbrechen in einem schrecklichen Krieg sei es, entwaffnete Kriegsgefangene zu erschießen. Deswegen sei der eigentliche Verrat das Verdrehen der Geschichte."

Verantwortung Italiens für Massaker in Europa und Afrika

José Luís Del Roio, Senator der Kommunistischen Partei Italiens (PRC) sprach „von der großen Verantwortung Italiens am Faschismus, da er in Italien geboren wurde und Massaker in Europa und Afrika in seinem Namen verübt wurden".

Sein engagierter Appell richtete sich an alle, „gemeinsam gegen den Faschismus zu kämpfen und die Geschichte richtig zu stellen. Dieser Prozess betreffe die ganze Welt und er spreche auch als brasilianischer Aktivist einer Organisation, die gegen die Verschleppung von Menschen kämpft. Denn Opfer von Diktaturen und Faschismus gäbe es überall und immer und es sei wichtig, über Grenzen hinweg gegen Menschenrechtsverletzungen zu kämpfen. Als Senator ist er auch in der Kommission, die italienische Konsule ernennt, und war düpiert, dass der italienische Konsul nicht erschienen war.

Ernst Grube, Holocaust-Überlebender und Landessprecher der VVN-BdA Bayern, zeigte sich tief bewegt von den Worten des Senators, der ihn nach seiner Rede brüderlich umarmte. Das Gerichtsgebäude hätte noch nicht bestanden vor sechzig Jahren, aber es erinnere ihn daran, dass NS-Richter nicht zur Verantwortung gezogen worden wären. Genauso wie Militärs, die wie die Justiz in ihren Ämtern verblieben wären und die Bundeswehr aufgebaut hätten. Diese persönliche Kontinuität sei ein anderer Skandal der deutschen Geschichte.

Seine ganze Familie ist von den Nazis ermordet worden. StAw Stern habe, in dem er Deserteure als Verräter bezeichnet habe, das Gedankengut der Nazis weiter transportiert.

Er wolle ihm sagen, dass er und seine GenossInnen sehr froh gewesen waren über jede Niederlage, über jeden Deserteur und auch, dass Italien schließlich aus dem Bündnis mit Nazideutschland ausgetreten sei, sonst würde er sicher nicht mehr leben.

→

Klima des Geschichtsrevisionismus

Vorher hatte Senator Claudio Brassi (PRC) auf der Pressekonferenz „die Einstellung als einen Grund zur Scham und

Signora de Negri im Interview mit der RAI, im Hintergrund Constantino Ruscino, Sohn eines nur knapp der Ermordung entgangenen Soldaten

die Einstellungsbegründung von StAw Stern als inakzeptabel“ bezeichnet. 51 SenatorInnen und 55 Abgeordnete hätten in Rom eine Protestschreiben unterschrieben, – dieses Schreiben, das Orietta Coltellacci, ANPI, Vorstandsmitglied Landesverband Rom, Organisation der PartisanInnen, verlas, war u.a. an Präsident Prodi, das Außenministerium, das Verteidigungsministerium, am 22. Oktober geschickt worden. Er habe in Italien eine scharfe Reaktion gegen StAw Stern erwartet, tatsächlich gab es nur etwas Stunk auf diplomatischer Ebene. Die Opfer als Verräter zu bezeichnen sei unrichtig und die Entscheidung der Verfahrenseinstellung sei in einem Klima des Geschichtsrevisionismus entstanden und müsse in diesem Kontext beurteilt werden.

Aufruf nach Mittenwald 2007

Der Arbeitskreis angreifbare Traditionspflege, der diese gelungene Kundgebung organisiert hatte, rief alle Anwesenden auf, nächstes Jahr Pfingsten nach Mittenwald zu kommen, um gegen das 50-jährige Jubiläum der Kriegsverbrechertreffen zu protestieren. Denn die erste Division der Gebirgsjäger war maßgeblich für die Massaker in Griechenland verantwortlich.

Mit herzlichen Danksagungen von Frau Negri vor allem auch an die jungen AntifaschistInnen, die so manchEr vor Rührung die Tränen in die Augen steigen ließen, und ihrer Beteuerung, dass sie mit der Unterstützung der Anwesenden bis zur letzten Instanz kämpfen werde, und viel Applaus für die Angereisten und die OrganisatorInnen endete die Kundgebung bei strahlendem Sonnenschein.

Bericht und Bilder von http://www.indynews.net/inn/news/aktuell/article/2276/1013/db31116aa1/ ■

Schöner Wohnen mit der NPD

Auch in Mecklenburg-Vorpommern sitzt die NPD jetzt im Landtag. Mancherorts liegt sie bei über 30 Prozent Zustimmung; ähnlich hoch wie die Arbeitlosenquote. Doch auch weit nach den Wahlen beweist sich, die Faschisten kommen an...

Herbstlaub wirbelt über den Friedhof in der Dorfmitte. Vorbei an vier Windkrafträdern fällt der Blick in die Weiten der vorpommerschen Provinz. Lastwagen brettern durch den Ort. Hier, wo die Bundesstraße von Anklam nach Altentreptow einen scharfen Knick nach rechts macht, soll sie liegen: Die Hochburg des deutschen Rechtsradikalismus. Eine zerfledderte Pommernfahne flattert über einem verlassenen Hof. Der rote Greif auf blau-weißem Grund faucht wütend und fuchtelt wild mit seinen Krallen. Die meisten Rollläden sind heruntergelassen. Kein Mensch ist auf der Straße. „Wer hier keine Arbeit hat, verkriecht sich“, erklärt Bürgermeister Norbert Mielke. Wie hoch die Arbeitslosigkeit ist, wisse er nicht. Wohl etwa 50 Prozent. „Uns werden bewusst keine genauen Daten gegeben.“ Landesweit beträgt die Quote 17,3, vielerorts über 30 Prozent.

Postlow in Mecklenburg-Vorpommern. 38,8 Prozent der 400 Einwohner stimmten hier bei den Landtagswahlen im September für die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die mit sieben Prozent in den Landtag einzog und die Debatte über Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland kurzzeitig anfeuerte. Zwischen sieben und fünfzehn Prozent der Deutschen haben unterschiedlichen Studien zufolge ein geschlossen rechtsradikales Weltbild. Die NPD – im Nordosten der Republik, wo ganze Siedlungen dem Verfall preisgegeben und die Insolvenzberater hoffnungslos überlastet sind – ist das die neue Macht auf dem Lande. Doch spürbar sei Rechtsextremismus hier überhaupt nicht, wehrt Norbert Dörschner ab, wirft einen Öllappen auf den Boden und grüßt. „Es gibt hier keine rechte Szene.“ Wir schauten uns um zu einer Zeit, da die Wahlen „schon fast in Vergessenheit geraten sind“ (Nordkurier). Doch das Problem besteht weiter.

Sicher, die Zeiten waren einmal besser, sagt der Werkstatt-Inhaber. Eine Gaststätte gab es einst, Arbeit und soziale Sicherheit. Auch der Konsum-Bus kam ab und an. Jetzt muss Dörschner zum Einkaufen mehr als zehn Kilometer fahren. Aber dieses Meckern und Mosern, „das haben wir uns aus dem Westen abgeguckt“.

Auch wenn nur „Schwachköpfe“ NPD wählten, Verständnis hat er. So auch ein Kunde auf dem Hof: „Was würden sie denn wählen, ohne Arbeit, ohne Lehrstelle, ohne Hoffnung?“ Dörschner schraubt an einem Trabbi herum: „Ein Liebhaberstück.“ Die Zeiten, in denen Kapitalismus noch ein Wort aus den Schulbüchern war, und kein real-existierendes Problem, haben viele Liebhaber hier.

Auch Norbert Mielke, der Ende der 1990’er Jahre als Parteiloser ins Bürgermeisteramt gewählt wurde. Das Offensichtliche leugnet auch er: dass seine Gemeinde in Händen der NPD ist, ohne dass es dazu noch einer aggressiven neonazistischen Szene bedürfte. Wer prügelnde Nazi-Horden sucht, der wird nicht fündig in Postlow. Den vor Jahren ausgerufenen „Kampf um die Straße“ hat die Partei hier längst gewonnen; es braucht keine martialischen Auftritte

mehr. Nicht nur Springerstiefel – auch Gummistiefel kommen bisweilen ultrabraun daher. Die zweite Phase des NPD-Planes, der „Kampf um die Köpfe“, hat hier längst gefruchtet. NPD ist Normalität, Vorpommern von der Parteiführung als Modellzone auserwählt. Hier werden die Konzepte umgesetzt. Die letzte Stufe, der „Kampf um die Parlamente“, ist seit September auch voran gekommen; Postlow eine der „national befreiten Zonen“, die die NPD anstrebt: Gemeinden, in denen der Staat nicht mehr präsent ist, die Faschisten die kulturelle Hegemonie anstreben und Andersdenkende ihre Ansichten offen nicht mehr zeigen.“ Die von der NPD“, erklärt Dörschners Mutter Annemarie, das seien „ordentliche und vernünftige Jungs“. „Die haben auch als einzige ihre Häuser richtig schön renoviert“, lobt der Bürgermeister. Schöner wohnen mit der NPD. Das kommt an.

„Eintritt nur nach Aufforderung“ steht auf dem Schild vor Mielkes Görkener Geflügelzuchtbetrieb. Der Hof wirkt trostlos und grau wie das gesamte zu Postlow gehörende Dorf. „Die verlassenen Häuser bleiben hier stehen, bis sie

zusammenfallen“, sagt er. Auch der Konsum-Laden ist verriegelt. Farbe blättert von der Fassade. „Laden geschlossen“, steht seit zehn Jahren an der Türe. Seine Ex-Frau betrieb die „Einkaufsstelle“. In der Silvesternacht 1996 verschwand sie: „In den Westen geflüchtet.“ Es irritiert kaum, dass er von Flucht redet. Die Depression liegt schwer wie Blei in der Luft. Wie Hohn liest sich angesichts dieser Tristesse das Handbuch „Wie lebt man auf dem Dorf?“ eines DDR-Autorenkollektives von 1985: Vergangene Wunschwelten auf 160 vergilbten Seiten: Das „Dorf als politisch-soziale Gemeinschaft, als Schauplatz eines „reichen geistig-kulturellen Lebens“.

Ein junger Mann schlendert an der Kirche vorbei. Wer sein geistig-kulturelles Leben prägt, steht in Frakturschrift auf seinem Pullover: HBP - der Heimatbund Pommern ist eine der aktivsten Kameradschaften in der Region. Die Kleidung? „Nur eine Mode“, sagt der Bürgermeister.

1989 noch habe er mit Feuer im Herzen die „bundesdeutsche Flagge“ auf der LPG gehisst, erzählt Mielke. „Verrottet, wie das ganze System“, sei sie inzwischen. Zwar wolle er nichts verharmlosen, doch „was von 1933 bis Kriegsbeginn geleistet wurde“, das suche heute seinesgleichen. Ob die Partei nun NDSPA oder NSDAP hieß, da sei er sich unsicher, „aber das tut ja nichts zur Sache“. Jedenfalls sei es an der Zeit „wieder eine anständige Fahne zu hissen“.

Auf die Frage nach der Herkunft der Hakenkreuze und SS-Runen in seiner Gemeinde geht er nicht ein. Dafür umso leidenschaftlicher auf die Zeiten, als „die Asylanten“ noch hier lebten. Selbst die Polizei habe sich „lieber umgedreht“. 30 bis 40 von „diesen Dingern“ hätten im Dorf „gewütet“. All denen, „die noch arbeiten für das Wohl des deutschen Volkes, wird doch täglich in den Arsch getreten.“ Von neonazistischen Gewalttaten, er nennt es „Dinge, die passieren und die so nicht in Ordnung sind“, distanziert er sich freilich. „Die NPD aber immer an den Pranger zu stellen, oder wie die alte Regierung ein Verbot anzustreben, das ist nicht gerechtfertigt“. Aber im Grunde sei es auch egal. Es herrsche ohnehin eine „Diktatur“ in Deutschland. Die große Koalition die das rot-rote Bündnis im Bundesland jetzt ablöste, bestätige ihn da nur.

Dorfdekoration in Schwarz-rot-gold

Die Wahlen, grübelt der Rentner Peter Sstrehlow, müssten gefälscht sein. „Die NPD hat da Stimmzettel reingeschmuggelt“, ruft er aus seinem Wohnzimmerfenster. Nur einmal sei er zur Wahl gegangen. „Aber das ganze Dorf wusste, was ich gewählt habe.“ Er verzieht angewidert sein Gesicht. Niemandem könne man trauen. Auch an den Mauerfall habe er wochenlang nicht geglaubt. Und da sei er nicht der einzige gewesen. „Wenn das ja nur`n Trick gewesen wär`“, schreit er gegen den Durchgangsverkehr an, „dann wär’ das ja alles auf uns zurückgefallen“. Ja, die DDR lebte ein wenig länger in Postlow.

Verlässt man das Dorf in Richtung Anklam, geht es linkerhand nach Tramstow. Im Schneckentempo schaukelt der leere Bus über das Kopfsteinpflaster. Staub wirbelt auf. Ein Pitbull-Terrier springt mit gefletschten Zähnen auf seine muskulösen Hinterbeine; wirft sich gegen einen baufälligen Gartenzaun. Nebenan hackt ein 37-jähriger Mann Brennholz. „NPD?“, fragt der arbeitslose Tierpfleger. „Na und? Schlimmer kann es ja nicht mehr kommen.“ Unweit der verwahrlosten LPG, die wie ein Skelett die Dorfmitte bildet, steht eine junge Familie vor ihrem adretten Einfamilienhaus mit exklusivem Biergarten: In der Einfahrt parkt ein neuer Mercedes. Reden will der Familienvater nicht. Mit dem Arm auf meiner Schulter, begleitet er mich höflich-bestimmt zurück auf die Straße.

Ein Jugendlicher trottet mit einem Müllsack die Straße hinab. „Weiße Macht“, liest man auf seiner Brust; darunter eine Maschinenpistole. Rechts sei er nicht, aber es sei besser „die selben Sachen zu tragen wie die“, sagt er. Es gibt sie also doch, die von den Einwohnern noch nicht gesichteten Nazis im Dorf? Ja, aber früher seien das mehr gewesen. Da hätten sie bei Dorffesten „immer was los gemacht“. Der reiche Mann, frage ich: Wer ist das? Der fahre für die Post, kassiere „ein fettes Beamtengehalt“. Sonst aber ein „korrekter Typ“.

Kurz vor Anklam staut sich der Verkehr. Die Straße wird ausgebessert. Planierraupen fahren auf und ab. Vielleicht, denke ich, sollte auch der ein oder andere Politiker einmal nach dem vergilbten DDR-Büchlein greifen: „Das Dorf hat eine historisch gewachsene Perspektive, seine Ausgestaltung bleibt für viele Generationen eine Lebensaufgabe“, mahnen die Autoren. Es wäre höchste Zeit. Zur Anarchie ist es nur noch ein winziger Schritt in den „national befreiten Zonen“ in Postlow und anderswo. Anklam, Ueckermünde, Pasewalk: Im östlichen Vorpommern sind der NPD zweistellige Ergebnisse sicher.

Martin Behrens ■

Martin Behrens lebt als freier Journalist in Pasewalk und Szczecin und schreibt u.a. regelmäßig für den Nordkurier und Jungle World, sowie für konkret, das jüdische Wochenmagazin tachles (Schweiz) und Woxx (Luxemburg).

Im Parlament kaum Spuren von einer Protestpartei

JU-Chef befasst sich in seiner Examensarbeit mit der DVU im Bremerhavener Stadtparlament

von Thomas Klaus

Bremerhaven. „Diesmal Protest wählen!“ Unter diesem Motto zog die rechtsextreme Deutsche Volks-Union (DVU) bei den Wahlen zur Bremerhavener Stadtverordnetenversammlung 2003 in den Wahlkampf, und das mit Erfolg. Denn sie konnte ihren Stimmenanteil weiter steigern, ist somit seit 20 Jahren im Kommunalparlament der Seestadt (116.000 Einwohner) vertreten – mit nunmehr vier Abgeordneten. Doch um eine Protestpartei handelt es sich bei der DVU trotzdem nicht. Das ist eine der Thesen, die Denis Ugurcu in seiner Examensarbeit „Die rechtsextremistische Oppositionspartei DVU in Bremerhaven und die Wahrnehmung durch den Bürger“ entwickelt. Der Lehramtsstudent, dessen Arbeit an der Universität Bremen mit der Note „Sehr Gut“ bewertet wurde, kennt die Arbeit der DVU aus nächster Nähe. Denn Ugurcu, Landesvorsitzender der Jungen Union Bremen (JU), gehört der CDU-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung an.

Als Beleg für seine These dient dem Nachwuchspolitiker eine Analyse der DVU-Tätigkeit im Parlament. Fazit: „In der aktuellen Legislaturperiode hat die DVU keine ablehnende Fundamentalhaltung an den Tag gelegt. Sie hat überwiegend den Anträgen anderer Fraktionen, ob aus der Koalition oder der anderen

Oppositionsparteien, entweder zugestimmt oder sich enthalten.“ Der Mehrzahl der Anträge der Großen Koalition aus SPD und CDU, die in Bremerhaven regiert, habe die DVU zugestimmt. Interessant: In den einzelnen Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung stellte die „Deutsche Volks-Union“ in der Regel keine eigenen Anträge. Denis Ugurcu meint: „Obwohl sie antidemokratisch ist, nimmt sie die Aufgaben der Opposition wahr und unterstützt die Regierungsparteien bei Anträgen. Von einer rechtsextremen Partei hätte man erwarten können, dass sie sich dem demokratischen Prozess verwehrt. Dies ist nicht der Fall.“

In seiner Examensarbeit setzt sich der 27-Jährige auch mit anderen Facetten des DVU-Wahlkampfes in Bremerhaven auseinander, der 2007 erneut anstehen wird: Im Mai werden in Bremen das Landesparlament und in Bremerhaven die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung gewählt. „Die Plakate der DVU“, analysiert Ugurcu, „hatten wieder ein eindeutiges fremdenfeindliches Gesicht.“ Der gesamte Wahlkampf sei durch „Aggressivität“ geprägt gewesen. Eine Meinungsumfrage unter fast 400 Wählern, die Denis Ugurcu und einige Mitarbeiter zur vorgezogenen Bundestagswahl 2005 in Bremerhaven vorgenommen hatten, ergab, dass die „Deutsche Volks-Union“ durchaus wahrgenommen wurde. Dabei spielten die Plakate mit Abstand die größte Rolle, gefolgt von den Werbespots im Fernsehen. Diese beiden Medien zusammengenommen brachten es auf etwa 86 Prozent der Nennungen. Allerdings werden der DVU kaum Kompetenzen zugebilligt. Erstaunlich ist der von Ugurcu ermittelte Bekanntheitsgrad des Bremerhavener DVU-Politikers Siegfried Tittmann. Tittmann, der in der Stadtverordnetenversammlung und in der Bremischen Bürgerschaft sitzt, war immerhin mehr als 20 Prozent der Befragten namentlich bekannt.

Denis Ugurcu sieht die DVU in Bremerhaven und darüber hinaus mit einer äußerst ungewissen Zukunft konfrontiert. Sie habe innerparteilich mit einem enormen Mitgliederschwund zu kämpfen: 2005 wurden 9.000 Mitglieder gezählt. Das waren 2.000 weniger als 2004 und sogar 8.000 weniger als zum Jahrhundertwechsel. Und laut Ugurcu scheitert die DVU – im Gegensatz zur NPD – oft beim Gewinnen neuer, junger Mitglieder. In seiner Examensarbeit erwartet der JU-Landesvorsitzende: „Die DVU wird mittelfristig aufgrund der Struktur und des Erstarkens der NPD eher in die Bedeutungslosigkeit abdriften.“ ■

Der Front National im Wahlkampf:

Streit um Symbole der „Modernisierung“

Dezember 2006: Es gibt mal wieder Streit in der Führungsspitze. Und einmal mehr finden einige „zu modernistisch“, also „zu sehr dem Zeitgeist verpflichtet“, was die Partei nach außen hin darstellen möchte. Ihnen missfällt, was Marine Le Pen – die Tochter des Vorsitzenden, eine mögliche Anwärterin auf seine Nachfolge – und ihre Umgebung da schon wieder ausgeheckt haben. In Frankreich hat der Präsidentschaftswahlkampf begonnen: Am 22. April und 6. Mai dieses Jahres wird das künftige Staatsoberhaupt gewählt. Der rechtsextreme Front National (FN) hat seinen Wahlkampf offiziell im September 2006 in Valmy – wir berichteten – eröffnet. Mitte Dezember nun stellte die Partei eine Serie von sieben Wahlplakaten vor, mit denen sie ihre Kampagne in den kommenden Wochen bestreiten möchte.

Auf sechs der Plakate ist jeweils eine Person zu sehen, die mit ausgestrecktem Daumen nach unten zeigt und sich beschwert : „Die Linke und die Rechte – sie haben alles kaputt gemacht!“ Im französischen Politikverständnis zählt der FN nicht unter droite (Rechte), diese Bezeichnung ist den Konservativen und Liberalen vorbehalten, sondern gehört in eine eigenständige Kategorie extrême droite. Abgebildet ist etwa eine jung-dynamische Führungskraft vor der Tür des Arbeitsamts, die sich darüber beschwert, „sie“ hätten etwa „die Leistung, die Unternehmen und die (markt)wirtschaftliche Freiheit“ kaputt gemacht. Eine Oma mit Hundchen auf dem Arm beklagt sich darüber, dass die Renten, Gesundheitsvorsorge und die Solidarität unter den Franzosen kaputt gemacht worden seien. Aber dann gibt es auch noch die junge Frau mit den langen, krausen Haaren und dem dunklen Teint. Auch ihr Daumen zeigt nach unten, um anzuklagen, dass die üblichen Verdächtigen auch „die Staatsbürgerschaft, die Assimilation, die Aufstiegschancen“ zerstört oder verdorben hätten. Auf dem letzten Plakat sieht man dann Jean-Marie Le Pen persönlich, begleitet von den sechs anderen Figuren, die er freilich in ihrer Mitte sichtbar überragt. Die Aufschrift des Plakats enthält eine Aufforderung: „Mit Le Pen: Richten wir unser Frankreich wieder auf!“

Das finden nun aber einige in der Partei skandalös: Dass die dunkelhäutige junge Frau (in Wirklichkeit keine Einwanderin oder Immigrantentochter, sondern eine Antillenfranzösin, also französische Staatsbürgerin seit einer Reihe von Generationen) auch mit stolz auf „ihr“ Frankreich sein soll, das gehe nicht an, monierten einige Führungsmitglieder. Deshalb sorgten sie bei einer Sitzung Anfang voriger Woche für Stunk. Der Front National zeige sonst ein Gesicht Frankreichs, wie man es nicht haben möchte. Die innerparteiliche Riege der „Modernisierer“, rund um Marine Le Pen, möchte dagegen genau diese Botschaft befördern: Der FN ist eine offene Partei, und wer zwar ausländischer Herkunft ist, aber sich in Frankreich „assimilieren“ möchte – bitte schön, man sei nicht verklemmt. Dass im Parteiprogramm etwa auch die Préférence nationale gefordert wird, also die systematische Bevorzugung gebürtiger Franzosen bei Arbeitsplätzen und Sozialleistungen sowie die Einrichtung getrennter Sozial- und Rentenkassen für Franzosen und Immigranten, soll nicht im Wege stehen. Oder wer liest schon Programme?

Abwehrkräfte gegen den FN haben abgenommen

Diese Strategie steht in Frage. Im Moment scheint sie vom Publikum mit Erfolg gekrönt zu werden. Eine Umfrage, die die Pariser Abendzeitung ‚Le Monde’ am vorigen Fretag publizierte hat am 15.12.2006 belegt, dass die bisherigen Abwehrkräfte in der Gesellschaft schwächer geworden sind – weil man die Partei weniger mit Extremismus in Zusammenhang bringt als früher. 28 Prozent der Befragten sehen demnach heute im FN eine Partei der „patriotischen und den traditionellen Werten verpflichteten Rechten“, und 65 Prozent betrachten ihn weiterhin als Partei der „nationalistischen und ausländerfeindlichen extremen Rechten“. In einem nicht unbedeutenden Teil des Publikums ist der FN damit von der Kategorie extrême droite in die Rubrik droite, die der gemäßigten bis konservativen Rechten vorbehalten ist, übergewechselt.

Nur noch 34 Prozent bezeichnen „die Positionen von Jean-Marie Le Pen“ als grundsätzlich „inakzeptabel“, vor einem Jahrzehnt waren es noch 48 Prozent. Dagegen betrachten 47 Prozent sie inzwischen nur noch als „überzogen“, ein Anteil, der deutlich gewachsen ist. 15 Prozent betrachten sie als „richtig“. Dabei ist die mit Abstand höchste Zustimmung, die auf diesen Themenfeldern ein Drittel erreicht, auf den Gebieten „Innere Sicherheit“, „Polizei und Justiz“ sowie beim Umgang mit den Banlieues zu verzeichnen. Deutlich geringere Werte erreichen die Positionen des FN zum Umgang mit Einwanderern. Aber anscheinend wird die Partei nicht mehr so stark wie früher mit diesem Thema identifiziert. Vielmehr wird sie eher als verschärfendes Korrektiv zur regierenden Rechten wahrgenommen, die ihrerseits in den letzten fünf Jahren ein Schwergewicht ihrer Politik auf die so genannte Innere Sicherheit gelegt hat. Damit glaubte sie dem FN das Wasser abzugraben, hat ihn aber allem Anschein nach eher glaubwürdiger gemacht.

„Normalisierung" der Partei möglich ?

Es sah nicht immer danach aus, als sei der Partei eine Erfolgswelle mit dem Modernisierungskurs von Marine Le Pen gegönnt. Jean-Marie Le Pen selbst hatte zu Anfang 2005 öffentlich geurteilt: „Ein lieber und netter FN, das interessiert niemanden!", und dadurch dem Bemühen um ein gefälligeres Auftreten in den bürgerlichen Medien eine Absage erteilt. Durch einen der Skandale, die er in den letzten 20 Jahren periodisch durch seine Sprüche auslöste – dieses Mal bezeichnete er in Rivarol die deutsche Besatzung in Frankreich als „nicht so inhuman" – hatte Le Pen Vater damals dem FN zusätzliche Aufmerksamkeit beschert. Aber nicht so, wie die Modernisierer es sich gewünscht hätten. Bei den Regionalwahlen ein Jahr früher, im März 2004, hatte die Tochter zudem im Großraum Paris (mit knapp 12 Prozent) eher schwach abgeschnitten. Dadurch war ihr innerparteiliches Gewicht erheblich geschwächt worden.

Tatsächlich ist die Frage bisher ungelöst, ob es dem FN eher nützlich oder eher schädlich ist, durch periodisches Schockieren von sich reden zu machen. Erfahrungsgemäß geht daraufhin die Zustimmung für die Partei vorübergehend zurück, aber nach ein paar Monaten wächst sie wieder, und in der Zwischenzeit hat sich der harte Kern ihrer Anhängerschaft in Abgrenzung von allen anderen Parteien stabilisiert. Das hat sich durchaus als probates Mittel erwiesen, um zu verhindern, dass das eigene Publikum auseinander driftet und zu den Konservativen überläuft, da die zu ihnen bestehende Kluft durch Le Pens Skandale immer wieder aufs Neue aufgerissen wurde.

Die Anhänger sollten sich infolge der turnusmäßig heraufbeschworenen öffentlichen Empörung und Verurteilung selbst mit „an den Pranger gestellt" fühlen. Weichliche Karrieristen, die bei nächster Gelegenheit – sobald sie einmal in einem Kommunalparlament sitzen – zu den Bürgerlichen übertreten würden, sollten dadurch fern gehalten werden. Aber das längerfristige Problem ist, dass dadurch auf Dauer keine Bündnisoptionen für die Partei entstehen, die aber allein nicht an der politischen Macht wird teilhaben können.

Die Präsidentschaftswahl von 2002 zeigte die Grenzen dieser Strategie auf: In der ersten Runde holte Le Pen mit 17 Prozent ein beachtliches Wahlergebnis und qualifizierte sich, als Kandidat mit dem zweithöchsten Stimmenanteil, für die Stichwahl. Aber im zweiten Durchgang war Le Pen völlig isoliert, seine Partei stand allein gegen eine geschlossene Front sämtlicher anderen politischen Kräfte. Damit konnte sie auch keinerlei Stimmenreservoir mehr mobilisieren. Amtsinhaber Jacques Chirac konnte seinen offiziellen Herausforderer wie einen Sparringspartner besiegen. Kurz darauf begann die von Tochter Marine angeschobene, innerparteiliche Strategiediskussion.

Und doch konnte sie sich damit bis heute nicht klar durchsetzen. Für die Nachfolge des alternden Jean-Marie Le Pen, er wird im kommenden Juni schon 79, scheint im Moment die aktuelle „Nummer Zwei" in der Parteihierarchie besser qualifiziert: Bruno Gollnisch. Er kann sich auf die katholischen Fundamentalisten und die Hardliner in der Partei, denen Marines Positionen etwa zur Abtreibung viel zu aufgeweicht sind, stützen. Ihm war es beim „Präsidentschaftskonvent" des FN am 12. November vorbehalten, Le Pen bei der zentralen Abschlussveranstaltung auf der Bühne einzuführen. Allerdings haben Marine Le Pen und ihre Umgebung ihrerseits einen nicht geringen Einfluss auf die momentane Strategie im Präsidentschaftswahlkampf.

Wechselnde Strategie wird fortgesetzt

Die strategische Ausrichtungsdebatte dürfte so schnell nicht abgeschlossen sein. Aber bereits heute trägt die Strategie der „Entdia-

bolisierung », an der Marine Le Pen und ihre Anhänger fleißig arbeiten, ihre Früchte. Und die Strategiedebatte geht eifrig weiter. Widersprüchliche Signale werden dabei gesetzt. So wird der ehemalige (im Oktober 2005 von Jean-Marie Le Pen abgesetzte und zugunsten eines engen Mitarbeiters seiner Tochter Marine, den damals 35jährigen Louis Aliot, ausgewechselte) FN-Generalsekretär Carl Lang in ‚Le Monde' vom 23. 12. 2006 mit den Worten zitiert, er sei dafür, die Forderung nach getrennten Sozialkassen für Franzosen und Immigranten künftig aufzugeben. Diese Forderung (immerhin ein langjähriges Kernstück aller FN-Programme seit den 1990er Jahren, die um das Konzept der Préférence nationale, sinngemäß Inländer-Bevorzugung, herum aufgebaut waren) sei im Hinblick auf die Zukunft nicht mehr nötig, da dank des FN-Programms dann ja die Einwanderung nach Frankreich kontrolliert sei. Carl Lang ist nicht nur der frühere Generalsekretär der Partei von 1996 bis 2005, sondern auch einer ihrer langjährigen Vorgänger in Sachen national-sozialer Demagogie (Social parce que national: „Sozial weil national"). Parallel dazu zitiert dieselbe Ausgabe der Pariser Abendzeitung das künftige Parteiprogramm, das Ende Februar 2007 in Lille offiziell präsentiert werden soll: Ihm zufolge bekenne sich der FN dazu, dass man bestimmte (ausgewählte) Einwanderer in begrenzter Anzahl in Frankreich aufnehmen könne, „wenn dies im Interesse der französischen Ökonomie liegt". De facto nähert sich das FN-Programm (sofern dies tatsächlich bestätigt wird) schon sehr der Konzeption des konservativen Innenministers Nicolas Sarkozy an, der zwischen der (durch Frankreich) „ausgewählten Einwanderung" einerseits und der (durch Frankreich) „erlittenen Einwanderung" – immigration choisie und immigration subie – unterscheidet. Bislang hatte der FN verbal jegliche Einwanderung verurteilt. Auf symbolischer Ebene jedenfalls würde er sich damit an die von Marine Le Pen gewünschte „Regierungsfähigkeit" annähern.

Und dann kommt schon gleich wieder der nächste Knaller, der nicht unbedingt Bündnisfähigkeit mit bürgerlichen Kräften widerspiegelt. Am 21. Dezember 2006, eingeladen bei dem Radiosender BFM, fragte eine Journalist Jean-Marie Le Pen nach der Delegation seiner Partei, die am voraus gegangenen Montag, dem 18. Dezember am diesjährigen Abschlussspektakel des antisemitischen Theatermachers Dieudonné M'bala M'bala (bekannt unter seinem Vor- und Künstlernamen Dieudonné) im Pariser Konzertsaal Le Zénith teilgenommen hatte. Unter den Gästen waren die momentane Nummer Zwei der Partei, Bruno Gollnisch, sowie die Gattin des Parteichefs – Jany Le Pen – und andere FN-Größen gewesen, die dort unter anderem auf den ex-linken Verschwörungstheoretiker Thierry Meyssan trafen (der sich dort öffentlich mit Gollnisch unterhielt, aber in einem Leserbrief an ‚Le Monde' dementierte, er habe sich deswegen an den FN angenähert). Ob es der Antisemitismus Dieudonnés sei, den die rechtsextremen Parteikader so amüsant fänden, fragte die Journalistin nach. Ja, antwortete Jean-Marie Le Pen daraufhin rundheraus, „denn man muss über alle Themen lachen können. Am meisten Witze über die Juden machen (schließlich) die Juden selbst."

Solcherlei unverfrorene Antworten klingen nun wiederum nicht nach dem Wunsch, Ecken und Kanten im Profil der rechtsextremen Partei abzuschleifen. Die Tochter Marine Le Pen war daraufhin „für Auskünfte oder einen Kommentar gegenüber Journalisten nicht zu erreichen", präzisiert ‚Le Monde' vom 23. Dezember. Bereits nach dem Vorstoß des alternden Parteichefs (und Papas) vom Januar 2005 hinsichtlich der „nicht so inhumanen" deutschen Okkupation in Frankreich hatte sie sich – damals für Wochen, ja Monate – aus der Öffentlichkeit zurückgezogen und war unerreichbar geblieben. Allem Anschein nach wackelt das strategische Profil der Partei also tatsächlich hin und her, ohne dass alle Beteiligten mit diesem Wechselkurs sehr zufrieden wären.

Auch Minderheiten vertreten

Neben der (tendenziell „entdämonisierenden", bei gelegentlichen Rückfällen…) Positionierung des FN in der öffentlichen Meinung trägt zu einem solchen Abbau der „Dämonisierung" auch noch ein anderer Faktor bei. Nämlich die Tatsache, dass es ihm in jüngerer Zeit noch stärker als ohne-

hin schon in der Vergangenheit gelungen ist, auch die gewissermaßen rechten Ränder unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen anzuziehen. Damit verfügt die Partei über ihre „Kronzeugen“ auch innerhalb von Minderheiten, um Vorwürfe des Rassismus oder Antisemitismus abwehren zu können. In seinem „Aufruf von Valmy“ vom 20. September 2006 hatte Jean-Marie Le Pen überdies zum ersten Mal explizit auch an die Franzosen ausländischer Herkunft appelliert, sich ihm und seiner Partei – die „die gesamte nationale Gemeinschaft“ vertrete – anzuschließen.

Am „Präsidentschaftskonvent“ in der Pariser Vorstadt Le Bourget vom 10., 11. und 12. November 2006 etwa nahm auch der schwarze Antisemit Dieudonné, der vor zehn Jahren noch – im Namen des Antirassismus – zu den erklärten Feinden des FN gehörte, einen Nachmittag lang teil. In seinem Fall hängt die Annäherung an den FN eng mit dem sich radikalisierenden Antisemitismus des Theatermachers zusammen. Am selben Tag wie Dieudonné weilte aber auch der Vorsitzende der rechtsextremen „Jüdischen Verteidigungsliga“ (LDJ), Anthony Attal, auf dem Wahlkampffest des Front National. Zu ihrem Glück begegneten sich die beiden aber nicht. Die Buchautorin Fiammetta Venner („Extrême France“, Paris 2006) spricht ihrerseits von einer communautarisation paradoxale, einem paradoxhaften Prozess der Zunahme von gruppenhafter Selbstbezogenheit.

In sämtlichen Bevölkerungsgruppen gibt es Vertreter, die immer lauter die Auffassung vertreten, dass ihr je eigener Stamm zuerst drankommen müsse, mehr als alle anderen Opfer von Diskriminierung sei, oder die legitimste Angst vor der Zukunft habe. Manche Juden stimmen für den FN, konstatiert Venner, weil sie der Auffassung seien, dass es zu viele arabische Einwanderer in Frankreich gebe – und manche Araber, weil sie meinten, die Juden hätten zu viel Macht. Es handelt sich jeweils um Randphänomene. Aber wenn sich die Ränder auf einem gemeinsamen Terrain treffen, auch ohne sich ausdrücklich zu berühren, dann kann der FN sich über die gelungene „Entdämonisierung“ freuen. Er sei schließlich der Sachwalter der gesamten nationalen Gemeinschaft, bei der die Partikularinteressen aufgehoben seien, hinter die sie aber zurücktreten müssten – so lautet die neueste Begründung von Le Pen.

Bernhard Schmid, Paris ■

KLEINE KORREKTUR zu AN 25/26-2006

In unserer Ausgabe 25/26 – 2006 heißt es auf Seite 8, mittlere Spalte fälschlich: „Der FN begann deshalb 1995 eine breit angelegte Gegenkampagne (...). Am 11. November 2005 charterte der FN deshalb einen Sonderzug von Paris aus, um mit Le Pen in Carpentras zu demonstieren...“ Richtig muss es natürlich lauten: „Am 11. November 1995 charterte der FN deshalb...“ *BhS, Paris*

Französische extreme Rechte trauert um Pinochet

Im Dezember 2006 ist der ehemalige chilenische Chef einer Militärdiktatur (1973-1990) Augusto Pinochet gestorben. Das Einzige, was man daran aufrichtig bedauern kann, ist, dass der General im Alter von 91 Jahren noch nicht einmal hinter Gefängnismauern starb, sondern in einem Krankenhaus, wo er sich als freier Mann aufhielt.

Rückblick auf einen Schlächter

Der u.a. von den USA aktiv unterstützte und auch durch die damalige westdeutsche Regierung unter Willy Brandt beförderte Staatsstreich Pinochets führte am 11. September 1973 zum Sturz des demokratisch gewählten marxistischen Präsidenten Salvador Allende (der dabei getötet wurde). Nach Recherchen in einem Buch von Günter Wallraff, „Unser Faschismus nebenan“ (1975), starben bei dem Militärputsch innerhalb von einer Woche 23.000 Menschen. Augusto Pinochet wurde damals mit den Worten zitiert: „Die Demokratie muss hin und wieder in Blut gebadet werden, damit sie weiterhin eine Demokratie sein kann.“

Allein im Fußballstadion von Santiago de Chile wurden Trund 40.000 politische Gegner (Sozialisten, Kommuniste, linke Aktivisten, missliebige Künstler...) interniert und in den unterirdischen Gängen gefoltert. Der damalige westdeutsche CDU-Generalsekretär Bruno Heck berichtete unterdessen der Presse von einer Reise nach Chile in der zweiten Septemberhälfte 1973 (Originalton): „Bei sonnigem Wetter ist der Aufenthalt im Stadion recht angenehm.“ Im weiteren Verlauf der Ära der Pinochet-Herrschaft wurden rund 2.000 bisher nachgewiesene politische Morde, etwa durch „Verschwindenlassen“, begangen.

Insbesondere aber wurde die Pinochet-Diktatur dadurch bekannt, dass sie einflussreichen Wirtschaftskreisen in allen westlichen Ländern als „Labor“ für die erstmalige Erprobung und Durchsetzung neoliberaler Politiken diente: brachiale Privatisierungsprogramme auch bei Grundversorgungsdiensten, Abbau der sozialstaatlichen zugunsten der rein repressiven Staatsfunktionen usw.

Die „Chicago Boys“ der wirtschaftsliberalen Denkschule von Milton Friedman gaben sich in den 70er und 80er Jahren in Santiago de Chile die Klinke in die Hand, wo solche Ökonomen (auch ohne Kenntnis des südamerikanischen Landes) als Wirtschafts- und Finanzminister importiert wurden. Einer von ihnen war der schweizerischstämmige Hernan Büchi. Nachdem Pinochet diese seine Aufgabe erledigt hatte, drängten die USA und die anderen westlichen Großmächte ihren Schützling 1990 (nach einem verlorenen Referendum, das als Test für seine soziale Basis diente) zur Übertragung der politischen Macht an eine zivile Regierung. Das Wesentliche, das neoliberale „Wirtschaftsmodell“, war zwischenzeitlich so fest institutionell verankert worden, dass es nicht mehr angreifbar erschien. Tatsächlich haben die seitdem amtierenden christ- und sozialdemokratischen Regierung dessen Kernbestände nicht angetastet.

Und die heutige extreme Rechte?

Wie reagiert nun die extreme Rechte in Europa auf das Ableben des alten Generals? Unverkennbar durch positive Identifikation mit Pinochet, im Falle des französischen Front National (FN). Die Parteizeitung ‚National Hebdo‘ druckt in ihrer Ausgabe vom 14. – 20. Dezember 2006 dazu ein Kommuniqué ab, in dem die momentane ‚Nummer Zwei‘ der Partei zitiert wird: „Gegenüber der ‚antifaschistischen‘ Meute hat Bruno Gollnisch das Wesentliche über Augusto Pinochet gesagt, der am vorigen Sonntag verstarb: ‚Was man auch (über ihn) sagen möge, der General Pinochet wird als derjenige in die Geschichte eingehen, der (...) nicht nur Chile, sondern zweifellos ganz Lateinamerika vor dem Marxismus gerettet hat. Er ist auch derjenige, der, nachdem er die Ordnung wieder hergestellt hatte, die Macht den Zivilisten übergab. All dies werden ihm die Marxisten und ihre objektiven Verbündeten, in diesem Teil der Welt wie in unserem Teil, nicht verzeihen.‘ Man kann hinzufügen, dass er auch der Urheber dessen, was man das ‚chilenische Wirtschaftswunder‘ genannt hat, gewesen ist.“ (Ende des Kommuniqués)

In einer daneben abgedruckten Karikatur des (u.a. auch geschichtsrevisionistischen) NH-Zeichners „Ignace“ sieht man einen niederknienden Augusto Pinochet, unter der Überschrift „Endlich wird über Pinochet geurteilt“. Gemeint ist aber offenkundig das Urteil Gottes, nicht das eines für ihn zuständigen Gerichts. Das Urteil, das eine von oben kommende Stimme verkündet, fällt demnach folgendermaßen aus: „Dafür, dass Du den Sozialismus und Kommunismus bekämpft hast, wird Dir viel vergeben werden.“ Pinochet hat in der Karikatur Freudentränen...

Erinnern wir auch daran, dass Parteichef Jean-Marie Le Pen im Dezember 1993 auf einer Reise Chile besucht hat. Damals erklärte er in einem Gespräch mit der dortigen Zeitung ‚El Mercurio‘, dass der (damals noch – bis 1998 – als Armeechef amtierende, aber nicht mehr mit unmittelbarer politischer Macht ausgestattete) Pinochet „sein Land gerettet“ habe.

BhS, Paris ■

Cap-Anamur-Prozess

KIEL. In einem von der Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche und Pro Asyl initiierten Aufruf protestieren der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein und über 20 weitere Menschenrechtsorganisationen aus Deutschland, Italien und Österreich gegen den Beginn des Prozesses gegen die „Cap-Anamur-Crew“ auf Sizilien.Auf der Anklagebank sitzt auch der Lübecker Kapitän Stefan Schmidt. In ihrer gemeinsamen Erklärung heißt es: „Humanitäre Hilfe für Menschen in Not ist keine Straftat“ sie fordert ein schnelles Ende des Verfahrens sowie eine umfassende Rehabilitierung von Stefan Schmidt, Elias Bierdel und Vladimir Daschkewitsch. Die italienische Staatsanwaltschaft ist nach eigener Aussage „in rechtlicher und auch in politischer Hinsicht dazu gezwungen, die Wiederholung solcher Aktionen zu verhindern,auch wenn sie aus edler Absicht geschehen.Wir riskieren sonst, Trojanische Pferde hereinzulassen, mit denen Tausende von Leuten zu uns kommen könnten.“ Die Unterzeichner der gemeinsamen Erklärung: „Auf die Anklagebank gehört eine verfehlte europäische Asyl- und Migrationspolitik, die maßgeblich dazu beiträgt, dass im Kanal von Sizilien, in der Ägäis, in der Meeresenge von Gibraltar, vor den Kanarischen Inseln See-Friedhöfe entstehen, die von Tag zu Tag größer werden.“ *www.frsh.de* ■

Asylsuchende aus Sri Lanka haben am Frankfurter Flughafen keine Chance

FRANKFURT. In Sri Lanka herrscht Bürgerkriegschaos. Die wenigen Flüchtlinge, die auf dem Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt ankommen und einen Asylantrag stellen, werden gleichzeitig ausnahmslos als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt. Die Hilfsorganisation medico international, die auch Projekte in Sri Lanka unterstützt, und die Flüchtlingsorganisation PRO ASYL kritisieren die Entscheidungspraxis am Flughafen als Folge politischer Vorgaben. Sie fordern einen sofortigen Verzicht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge darauf, Asylanträge von Tamilen am Flughafen als „offensichtlich unbegründet“ einzustufen und einen sofortigen Abschiebestopp in den Krisenstaat.

„In Sri Lanka sind Verschleppungen, Verschwindenlassen, Folter, politische Morde und andere Menschenrechtsverletzungen zur Zeit an der Tagesordnung. Sie werden von allen Bürgerkriegsbeteiligten begangen“, berichtet medico-Referent Thomas Seibert, der gerade aus dem Land zurückgekehrt ist. Auch in der früher als ruhig geltenden Region Colombo kommt es zu Großrazzien und willkürlichen Verhaftungen. Vor dem Hintergrund der sich täglich verschärfenden Lage tamilische Asylanträge als „offensichtlich unbegründet“ einzustufen, ist unverantwortlich. „Das Bundesamt ignoriert die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtes an solche Entscheidungen. Offenbar auf Geheiß des Bundesinnenministeriums soll ein Zeichen gesetzt werden. Man will Flüchtlinge aus Sri Lanka davon abhalten, in Deutschland überhaupt Schutz zu suchen“, so PRO ASYL-Referent Bernd Mesovic. Parallel zur Eskalation der Gewalt in Sri Lanka verschärfte sich die Entscheidungspraxis. Seit August wurden alle Anträge von Tamilen (20 Fälle) auf dem Flughafen Frankfurt als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt.

Als „offensichtlich unbegründet“ darf ein Asylantrag nur dann gelten, wenn es zu den vorgetragenen Sachverhalten eindeutige und widerspruchsfreie Auskünfte und Stellungnahmen gibt, in denen eine Gefahr einhellig verneint wird. Verfügbare Quellen allerdings berichten über eine Zunahme von Verfolgung und willkürlicher Gewalt in Sri Lanka – und zwar nicht nur in den direkt umkämpften Landesteilen.

Erst seit dem 11. Dezember 2006 liegt ein aktueller Lagebericht des Auswärtigen Amtes zu Sri Lanka vor. Trotz diplomatischer Rücksichtnahme und der teilweisen Fortschreibung alter Textbausteine finden sich dort einige klare Sätze zur Situation. Sie legen Bundesamt und Gerichten eine sorgfältige Prüfung nahe. Das Auswärtige Amt konstatiert, dass sich Sri Lanka seit Ende Juli 2006 „faktisch im Kriegszustand“ befindet. „Die Auseinandersetzungen (...) haben im zweiten Halbjahr 2006 zu einer neuen Welle der Gewalt, einer weitgehenden Verrohung der Sitten und zahlreichen Menschenrechtsverletzungen geführt, die die Regierung zunehmend in die internationale Kritik bringen.“ Nach Auffassung von Menschenrechtsorganisationen und der internationalen Gemein-

Informationen zur aktuellen Lage in Sri Lanka von medico international

Seit dem 7. Dezember liefern sich Regierungstruppen, die mit ihnen verbündeten abtrünnigen LTTE-Kämpfer der sog. „Karuna-Fraktion“ und Einheiten der LTTE heftige Gefechte bei Vakarai in der Nähe von Batticaloa. Die Armee versucht, die LTTE-Einheiten durch systematischen Granatbeschuss nach Vakarai zu treiben und dort einzuschließen, die LTTE beschießt umgekehrt die Stellungen der Armee, beide Seiten benutzen die Zivilbevölkerung dabei als lebendigen Schutzschild für ihre jeweiligen Stellungen. So flüchten seit Tagen Singhalesen vor dem LTTE-Beschuss in Richtung der Stadt Kantalai; Mitte Dezember wurden dort bereits 5000 Flüchtlinge gezählt, deren Unterbringung in Schulen, Tempeln und Zeltlagern wegen des heftigen Monsunregens prekär ist, auch wenn die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten noch gesichert zu sein scheint.

Die Zahl der tamilischen Flüchtlinge lag zur selben Zeit bereits bei etwa 11.000 Personen; problematisch ist hier, dass sich unter ihnen zahlreiche Menschen befinden, die erst im August aus der zu dieser Zeit umkämpften Stadt Muthur nach Vakarai geflüchtet waren und seither bereits in provisorischen Unterkünften zu leben gezwungen waren. Im Unterschied zu den singhalesischen Flüchtlingen sind die Tamilen bei ihrer Ankunft in Batticaloa heftigen Pressionen durch Armee und Karuna-Söldner ausgesetzt, weil sie generell unter dem Verdacht stehen, mit der LTTE kooperiert zu haben. So werden ganze Gruppen von völlig verängstigten Flüchtlingen über Stunden erst an Posten der Armee, dann an solchen der Karuna-Truppen festgehalten, wobei es immer wieder zu willkürlichen Verhaftungen von Einzelpersonen kommt, deren Schicksal ungewiss bleibt.

Katastrophale Ausmaße hat mittlerweile die Situation auf der Halbinsel Jaffna angenommen, auf der über 500.000 Menschen und mehrere zehntausend Flüchtlinge aus dem LTTE-kontrollierten Vanni-Gebiet leben, deren genaue Zahl auf wiederholte Nachfrage von niemandem beziffert werden konnte. Vom übrigen Festland durch das Vanni getrennt, das seit Monaten selbst vollkommen eingeschlossen ist, war Jaffna bis August über die durch das Vanni führende Überlandstraße A9 zu erreichen. Im August hat die Regierung die A9 schließen lassen und damit die Landverbindungen nach Jaffna unterbrochen. Die Halbinsel kann seither nur noch durch Boote und Schiffe beliefert werden, denen es gelingt, die seeseitige Abriegelung durch die srilankische Kriegsmarine zu überwinden.

Da die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten Schätzungen zufolge nur noch bei etwa 30% des Bedarfs liegt, herrscht in Jaffna Hunger. Dies ist umso bedrohlicher, als viele Menschen dort an dem Kräfte zehrenden Chikungunya-Fieber leiden, dessen Verbreitung auch im übrigen Sri Lanka epidemische Ausmaße angenommen hat. Die humanitäre Situation im ebenfalls eingeschlossenen Vanni ist kaum weniger dramatisch, auch wenn die Lebensmittelversorgung dort besser ist als auf der Jaffna-Halbinsel.

Der Einschluss der Menschen von Jaffna und des Vanni gilt als gezielter Versuch der Regierung, die Spannungen zwischen Zivilbevölkerung und LTTE zu verschärfen; Kenner der Situation sprechen von einer bewussten Geiselnahme der Zivilbevölkerung durch die Regierung.

Militarisiert ist auch die Hauptstadt Colombo, wo die Regierung erstmals überhaupt Einbahnstraßenregelungen eingeführt und an allen größeren Straßen im Abstand von 100 bis 200 Metern Militär postiert hat, das willkürlich Passanten kontrolliert und immer wieder Verhaftungen meist von Personen tamilischen Hintergrunds vornimmt. Die genaue Zahl der Verhafteten und „Verschwundenen“ anzugeben, ist insofern schwierig, als die offiziell angegebenen Zahlen von zwei bis drei Mal höheren Dunkelziffern übertroffen werden.

Aktuelle Informationen auch im Update der Schweizerischen Flüchtlingshilfe „Sri Lanka – aktuelle Situation“ (November 2006) unter: http://www.osar.ch/2006/11/28/srilanka0611_update
http://www.asyl.org/mailman/listinfo/ag-proasyl ■

schaft sei die srilankische Regierung an einer Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen nicht interessiert und scheine eine Kultur der Straflosigkeit zu pflegen. Auch zu den Menschenrechtsverletzungen der anderen Bürgerkriegsparteien, vor denen Flüchtlinge ebenfalls fliehen, finden sich im Lagebericht eindeutige Aussagen.

Eine Neubewertung der Risiken für Abgeschobene, etwa bei Einreisekontrollen, hat das Auswärtige Amt versäumt. Um so leichtfertiger sind die auf einer veralteten Grundlage beruhenden durchweg negativen Asylentscheidungen.

PM Bernd Mesovic, Pro Asyl
Dr. Thomas Seibert, medico international ■

Inhaftierung und Abschiebung einer Fünfjährigen

Am 12. Oktober 2006 hat der Europäische Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg Belgien wegen der illegalen Inhaftierung und Abschiebung einer Fünfjährigen verurteilt. Die kleine Tabitha hatte man zwei Monate lang in einer Abschiebehaftanstalt mit Erwachsenen festgehalten. Der Straßburger Gerichtshof hat dies als eine Verletzung von Artikel 3 und Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention gesehen und den belgischen Staat zu 35.000 Euro Schadenersatz sowie Ersatz der Auslagen verurteilt. Der Jesuitenflüchtlingsdienst hat darauf hingewiesen, dass diese bahnbrechende Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte von Rechtsanwälten in ganz Europa im Kampf gegen die Inhaftierung von Migrantenkindern benutzt werden könne.

Auch außerhalb Belgiens gelten die Rechte von Flüchtlingskindern wenig, so auch im Gebäude 587 des Rhein-Main-Flughafens Frankfurt am Main. Dort musste die fünfjährige Enolia aus Nigeria fünf Nächte im Transit alleine bleiben, als ihre Mutter krank wurde und ins Krankenhaus eingewiesen wurde. Das für die Unterbringung zuständige hessische Sozialministerium ist der Auffassung, die nächtliche Anwesenheit einer weiblichen Sicherheitskraft in Zivil sei ausreichend. Die beiden kirchlichen Trägerverbände haben die Zustände im Flughafentransit heftig kritisiert. Es handelt sich im übrigen nicht um den ersten Fall dieser Art. Vor wenigen Monaten waren bereits unbegleitete Minderjährige über längere Zeit hinweg im Transit untergebracht worden. Die Frankfurter Rundschau hatte über die Zustände am 18. November 2006 unter der Überschrift „Allein im Niemandsland“ berichtet. *Infoservice PRO ASYL 11.06* ■

Die kontinuierliche Entrechtung der Armen trifft Inländer und Flüchtlinge

Künftig sollen Menschen, die in Armut leben, besondere Gebühren bezahlen, wenn sie gegen fehlerhafte Bescheide der Arbeits- und Sozialverwaltung klagen wollen. Eine Gesetzesinitiative von CDU-FDP-regierten Bundesländern sieht vor, dass bei jedem Antrag auf Prozesskostenhilfe eine Gebühr von 50 Euro zu zahlen ist. Die Gewerkschaft ver.di fordert deshalb dazu auf, sich mit Briefen an Landtags- und Bundestagsabgeordnete zu wenden und gegen diese Form der Entrechtung zu protestieren.
PRO ASYL unterstützt die Forderung der Gewerkschaft für die Beibehaltung der kostenfreien Prozesskostenhilfe, gegen Sozialgerichtsgebühren, für den ungehinderten Zugang zum Rechtsstaat für alle, nicht nur für diejenigen, für die Gerichtskosten peanuts sind.

Pro Asyl 12-06- flucht mailing list ■

Ev. Kirche Hessen/Nassau fordert medizinische Basisversorgung für Papierlose

Die Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau hat am 24. November 2006 eine Entschließung zur Situation von Menschen ohne Aufenthaltsstatus einstimmig verabschiedet. Die Synode spricht sich dafür aus, dass allen Menschen eine medizinische Basisversorgung ermöglicht wird und in Notfällen eine stationäre Aufnahme gewährleistet wird.

Zur Finanzierung wird ein Fondsmodell angeregt. Kirchliche Krankenhäuser sollen sich die Behandlung von Statuslosen öffnen. Es wird festgehalten, dass Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft – im Gegensatz zu öffentlichen Stellen – nicht verpflichtet sind, den Behörden Statuslose zu melden. Die Synode bekräftigt das Recht auf Bildung und Förderung für alle Kinder – unabhängig vom Status. Die Kultusministerien sollen Erlasse und Verordnungen, die den Schulbesuch ohne Angst vor Entdeckung unmöglich machen, überarbeiten. Evangelische Kindertagesstätten und Schulen werden gebeten, Kinder ohne Status aufzunehmen.

Die Synode schlägt Wege vor, wie Statuslose vorenthaltenen Lohn arbeitsrechtlich einklagen können. Die Synode ermuntert Kirchengemeinden, im Notfall Gästezimmer für Statuslose zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus müssten aber Notübernachtungsmöglichkeiten öffentlich gefördert werden. Weitere Forderungen richten sich auf die Ermöglichung einer straffreien Rückkehr von Statuslosen, einen besseren Schutz der Opfer von Menschenhandel und die Entkriminalisierung der humanitären Hilfe für Statuslose.

Quelle: Infoservice PRO ASYL 11.06 ■

Foren für Zuwanderung: Hilfe zur Integration in den spanischen Provinzen

Die aktive Einbeziehung der Migrantinnen und Migranten in das soziale System und die Übernahme sozialer Verantwortung ist eine neue Herausforderung, der sich Spanien im Rahmen der Zuwanderung stellen muss. Die Stimme der Migranten ist in allen Vereinigungen, NGOs und seit diesem Jahr auch in den so genannten Foren für Zuwanderung, die in den Provinzen geschaffen wurden, zu hören. In diesen sind unter anderem die Gewerkschaften und die Unternehmerverbände beteiligt.

Das Forum für Zuwanderung der Provinz Cordoba hat vor Kurzem auf einem Treffen den Entwurf eines Zuwanderungsplans fortgeschrieben. Dieser Plan wurde von den Delegierten der Regierung entworfen und von den anderen Mitgliedern des Forums ergänzt, dazu zählen unter anderem die Vereinigung der Kommunen, verschiedene Wirtschaftsverbände, das Rote Kreuz und die Gewerkschaft UGT. Der Plan umfasst verschiedene Initiativen, die zwischen 2007 und 2009 starten. Auf dem diesjährigen Treffen wurden Unterstützungen von über einer Million Euro für Organisationen zugesagt, die mit Migrantinnen und Migranten arbeiten.

Quelle: Publikation „Europa:Mobil Dezember 2006“ ■

Der bittere Geschmack der Bananen

Wir trauern um Wilson O. 1971 — 2006
Justiano A. 1973 - 2006

HAMBURG. Auf ihrer Flucht vor Bürgerkrieg, Unterdrückung und Armut haben zwei weitere Menschen ihr Leben gelassen. Die beiden Kolumbianer starben im Dezember 2006 auf dem Bananenfrachter „Regal Star“ an den Chemikalien, mit denen die Südfrüchte begast werden, damit sie makellos die Regale unserer Supermärkte erreichen. Sie starben mit der Hoffnung, in Europa Sicherheit und Schutz zu finden.

Solange Kriege und Armut existieren werden Menschen versuchen, sich dahin zu bewegen, wo sie hoffen in Sicherheit zu leben. Europa muss seine Verantwortung für Menschen auf der Flucht in die Praxis umsetzen. Stattdessen werden die Grenzkontrollen immer stärker und die Chancen immer geringer, Schutz zu finden. Fliehende Menschen sind gezwungen, die gefährlichsten Wege zu nehmen. In Trauer und Wut fordern wir, dass die Hamburger Wasserschutzpolizei aufhört, die Grundrechte der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention) fortgesetzt zu missachten.

Solange die Menschen bei ihrer Ankunft in der vermeintlichen Sicherheit durch das Vorenthalten von Flüchtlingsrechten daran gehindert werden, ihr Schutzbegehren vorzutragen, gehen sie tödliche Risiken ein, um nicht an Bord der Schiffe entdeckt zu werden.

Hamburg, 7. Dezember 2006 - ag-blindepassagiere,
Quelle: flucht mailing list - flucht@nds-fluerat.org ■

Ehemaliges KZ-Außenlager Pfersee

Unterstützung für einen „Denkort Halle 116“ ist nötig

Augsburg. Eine von den Nazis in den 30er Jahren in Pfersee erbaute Kfz-Halle im Bereich der Luftnachrichten-Kaserne wurde von ihnen 1944 zum Außenlager des KZ Dachau umfunktioniert. Nach dem Krieg bezog die US-Armee die Gebäude und benannte die Kaserne in Sheridan-Kaserne und die Fahrzeughalle in Halle 116 um. Seit dem Rückzug der Amerikanischen Soldaten aus Augsburg bemühen sich die Geschichtswerkstatt und mehrere Initiativen, Organisationen und Firmen um den Erhalt des Gebäudes. Die Halle 116 soll Denkort werden.

Geschichtliches

Kaum bekannt ist, dass es in Augsburg eine solche Außenstelle des Dachauer Lagers gab. Bei einem Luftangriff im April 1944 wurde ein Lager in Haunstetten zerstört und die rund 2000 Häftlinge, Zwangsarbeiter in der Rüstungsindustrie bei Messerschmitt, wurden in die 5000 Quadratmeter große Halle der damaligen Luftnachrichtenkaserne Augsburg verlegt.

Die Lebensbedingungen für die Häftlinge waren grausam und erniedrigend: desolate hygienische Verhältnisse, die langen Reihen von Stockbetten durch Maschendraht in käfigartige Segmente unterteilt, vor dem ersten Block ein Galgen, an dem Hinrichtungen vollzogen wurden. Krankheiten und Epidemien forderten zahlreiche Todesopfer, die zunächst ins Stammlager Dachau gebracht wurden. Später wurden die Toten im Augsburger Krematorium eingeäschert. Als die Kapazität des Krematoriums überschritten wurde, ging die SS dazu über, die Toten in Massengräbern auf dem Westfriedhof zu beseitigen. In langen Kolonnen marschierten die Häftlinge täglich durch die Stadt. Auf Höhe der Adelhochschule wurden sie auf die Lokalbahn verfrachtet und in die Augsburger Messerschmitt-Werke in Haunstetten zur Zwangsarbeit verbracht. Dort mussten sie in 12-Stundenschichten arbeiten. Die meisten trugen rote Winkel an den Arbeitskitteln, Kennzeichen für politische Häftlinge. Kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner wurde das Lager aufgelöst und die Insassen zur Verlegung in Marsch gesetzt. Die Alliierten befreiten schließlich die Häftlingskolonnen in den westlichen Wäldern von Augsburg.

Nach dem Krieg übernahmen die Amerikaner die Kaserne mit dem weitläufigen Gelände, die KZ-Außenstelle wurde zur „Halle 116“. Sie diente den US-Soldaten bis 1998 als Autowerkstatt, Lager, Schreinerei und Verwaltung.

Auf dem Weg zur Gedenkstätte

Nach dem Abzug der amerikanischen Truppen kaufte die Stadt Ende der 90er Jahre die Grundstücke und Gebäude des ehemaligen Reese- und Sheridan-Kasernenareals der Bundesimmobilienverwaltung ab. Auf dem rund 70 Hektar großen Gelände der Sheridan-Kaserne, derzeit die größte Baustelle Augsburgs, soll „ein attraktives Wohn- und Gewerbegelände

Oben: KZ-Häftlinge aus dem Außenlager Pfersee bei der Zwangsarbeit in der nationalsozialistischen Flugzeugproduktion der Messerschmitt-Werke in Haunstetten. Auf dem Bild zu erkennen: Nach einem Bombenangriff der Alliierten musste auch in einer Halle ohne Dach gearbeitet werden. Unten: Die Halle 116 heute – am Grasigen Weg (neben der B17)

mit viel Grünanlagen“ entstehen. Zwar war vom Stadtrat schon früh beschlossen worden, dass man für einen „Denkort Halle 116“ sei, aber dieser Beschluss war eher wenig konkret gehalten und ließ viel Spielraum für Korrekturen im Sinne der „attraktiven“ Gestaltung. Die meisten ehemaligen Kasernenteile sind bereits beseitigt. Im zukünftigen Gewerbegebiet von Sheridan gibt’s nur noch die Halle 116.

Bis heute ist sie in ihrem ursprünglichen Zustand erhalten; das bedeutet, sie muss wohl nicht in großem Umfang saniert werden. Aber sie ist deutlich als ein Kasernengebäude zu erkennen, und damit weniger interessant, selbst für gewerbliche Nutzer, als ein Neubau. Auch die geplante Nutzung als KZ-Gedenkstätte wirkt ja für die wirtschaftliche Verwertung des Geländes nicht unbedingt nutzensteigernd. „Ich will auf jeden Fall vermeiden, dass an repräsentativer Stelle des Geländes das Areal durch ein KZ-Gebäude stigmatisiert wird“, sagte der Geschäftsführer der Augsburger Gesellschaft für Stadtentwicklung und Immobilienbetreuung, Mathe, jetzt gegenüber dpa. Das Bündnis aus engagierten Bürgern, Gewerkschaftern, Friedensaktivisten und Christen will aber erreichen, dass möglichst das ganze Gebäude erhalten bleibt, wenn auch klar ist, dass für den Gedenk- und Begegnungszweck die gesamte Halle mit immerhin fast 5000 qm Nutzfläche zu groß wäre.

Nach den letzten Gesprächen mit der Stadtverwaltung muss von folgenden Vorgaben ausgegangen werden:

- Ein Teilbereich der Halle, wie z.B. zwei Tore und ein Kopfbau, kann für Denkmalzwecke verwendet werden.
- Der Rest soll an gewerbliche Nutzer verkauft bzw. vermietet werden.
- Das Gebäude soll für die Stadt keinerlei Kosten nach sich ziehen.

Das Bündnis – oder ein anderer Träger – soll für die Stadt als Mieter antreten. Auch wenn nur eine symbolische Miete verlangt würde, sind die Mieter – neben den Geldern, die für den Aufbau eines Museumsteils und der Einrichtung für weitere Zwecke – mit den laufenden Kosten für das Gebäude konfrontiert.

Noch keineswegs gesichert ist, ob das Gesamtgebäude in der Originalansicht erhalten bleibt oder ob es – im Sinne von Herrn Mathe – eine „architektonische Lösung der Umgestaltung“ (dpa) erfährt.

Es gibt also noch reichlich zu tun, damit sich die Stadt Augsburg, Politiker, Verwaltungsbeamte und Bürger, im Sinne des gerne verwendeten Ornaments „Friedensstadt“ erfolgreich mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzt. Bisher gilt leider eher der Satz von Wolfgang Kucera von der Geschichtswerkstatt: „Die Augsburger erinnern sich lieber an Bert Brecht, Leopold Mozart oder die Fugger, die Nazi-Vergangenheit ist für viele noch immer ein Unthema.“ (dpa) *jol* ■

Bisher haben sich schon engagiert: Augsburger Friedensinitiative • pax christi • Arche e.V. • Geschichtswerkstatt Augsburg • Junge Werkstatt Augsburg • Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen • Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes /BdA • IG Metall Augsburg • Bürgeraktion Pfersee „Schlössle“ e.V. Weitere UnterstützerInnen werden gesucht. Mehr Informationen und Kontaktaufnahme: www.pfersee.de und www.gruene-augsburg.de

Sie waren zwischen 17 und 20 Jahre alt, als sie in Auschitz zur Zwangsarbeit für Siemens ausgewählt wurden: Marcel Tuchman, Gilbert Michlin, Paul Schaffer und Henry Schwarzbaum. Mehr als 60 Jahre später besuchen sie auf Einladung von „Zwangsarbeit erinnern e.V." das heutige Berlin. Dieser Band dokumentiert die Begegnung der vier Überlebenden mit Spandauer Schülerinnen und Schülern im November 2005. Auf einer der Broschüre beigefügten DVD sprechen die jüdischen ehemaligen KZ-Häftlinge über ihre Verfolgung.

Zwangsarbeit für Siemens in Auschitz und Berlin, hrsg. von Zwangsarbeit erinnern e.V., Metropol Verlag, Berlin, broschiert, 116 Seiten, mit DVD, ISBN 978-3-938690-47-5, Preis 16 Euro

Wie die letzte Ausgabe des DOD in2006 meldet, hat der Deutsche Bundestag mit der Mehrheit von CDU/CSU und SPD den Bundeshaushalt 2007 verabschiedet. Darin sind enthalten:

- 250.000 Euro, die dem Bund der Vertriebenen zur Verfügung gestellt werden, um die Ausstellung „Erzwungene Wege" des Zentrum gegen Vertreibungen als Bestandteil von Wissenschaft und Forschung zum Thema Flucht und Vertreibung in eine Wanderausstellung umzuwandeln.
- 750.000 Euro, um die seit sechs Jahren vom Zentrum gegen Vertreibungen geforderte Dokumentations- und Informationsstätte zu ‚Flucht und Vertreibung' in Berlin auf den Weg zu bringen.

Die Vorsitzende des BDV Erika Steinbach kommentiert dies zufrieden: „Insgesamt 1.000.000 Euro investiert die Bundesregierung in die Vermittlung eines der tragischsten Kapitel deutscher und europäischer Geschichte. Sie beteiligt sich damit an der Aufarbeitung von Schicksalen, die in Deutschland 15 Milionen Landsleuten und europaweit Millionen weiteren Menschen aus über 30 Völkern widerfahren sind."

Offensichtlich ist auch aus den Reihen der SPD kein Widerspruch mehr gegen das Vertreibungszentrum in Berlin zu erwarten. Die Betonung der europäischen Sicht auf das Thema, die der BDV floskelmäßig immer wieder wiederholt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Zentrum der Ausstellung die deutschen „Heimatvertriebenen" als „eine der größten Opfergruppen" stehen werden. So berichtet das Heft auch über eine Erklärung der Seliger-Ggemeinde, der Gesinnungsgemeinschaft der sudetendeutschen Sozialdemokraten, die 220 Unterschriften trägt und die die Pläne des BDV ausdrücklich unterstützt. Die Gegner des Zentrums versuchten ständig das Mitwirken von Sozialdemokraten zu unterschlagen, wird darin beklagt. Man sehe sich als Garant dafür, „dass es (das Zentrum) weder den historischen Kontext ausblendet, noch die Dimension des Holocaust in Frage stellt oder gar das Verhältnis von Täter und Opfer verkehrt."

Wie von den Gegnern befürchtet völlig undifferenziert heißt es weiter: „Das Zentrum gegen Vertreibungen ist weder gegen die Würdigung der NS-Opfer noch gegen die Auseinandersetzung mit NS-Tätern gerichtet, sondern tritt für eine ergänzende Würdigung der Vertriebenen ein." Man sei für eine „angemessene Gedenkstätte".

DOD 12-2006 - u.b. ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

„Eine wertkonservative Organisation rechts von der CDU“

Junge Freiheit 52/06-01/07

Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete *Nitzsche* gibt dem Blatt ein ausführliches Interview. Auf die Frage einer anderen Partei antwortet er:

„Erstmal koste ich das Gefühl aus, parteilos zu sein. Im neuen Jahr werde ich da und dort mal schnuppern gehen.

Frage JF: Die NPD hat ihnen provokativ einen Aufnahmeantrag zugeschickt.

Nitzsche: Und noch viele andere. Eine wertkonservative Organisation rechts von der CDU – aber abgegrenzt von der NPD – hat nach meiner Ansicht gute Chancen, von den Wählern angenommen zu werden.

JF: Sie waren bis 1993 Mitglied der DSU. Kehren Sie jetzt in ihre alte Partei zurück?

Nitzsche: Ich bis aus der DSU ausgetreten, weil diese beschlossen hatte, deutschlandweit anzutreten, und deshalb die CSU in München ihre Partnerschaft aufgekündigte. Wir waren damals immer noch große Anhänger vom 1988 verstorbenen Franz-Josef Strauß: klare Wort und peng! Was die DSU angeht, will ich mich jetzt noch nicht festlegen. Ich bin mir allerdings sicher, wenn die CDU so weitermacht, gibt es genug Spielraum für eine Partei am konservativen rechten Rand.“

Gauweiler spricht mit den Lesern der Jungen Freiheit

Junge Freiheit 02/07

Peter Gauweiler, MdB der CSU gibt dem rechtsextremen Blatt sehr selbstbewusst und zielorientiert ein Interview, zur EU-Präsidentschaft der Bundesrepubik. Er sucht mit den Lesern des Blattes den Diskurs, auf die Frage eines neuen EU-Verfassungsentwurfes: „‚Rechte‘ sollten sich als differenziert Denkende dadurch auszeichnen, dass man einerseits die Grundlagen klar erkennt, von denen sie ausgehen, dass sie aber andererseits auch aufgeschlossen gegenüber neuen Ideen sind und Ergebnisse suchen, die jenseits vom Schablonendenken sind.“ Gauweiler betont in dem Interview: „ich habe im Bundestag zu den wenigen gehört, die gegen den Beitritt Bulgariens und Rumäniens gestimmt haben … Weil die Aufnahme beider Staaten einen weiteren Subventionsmechanismus ausgelöst hat, der vor allem das finanziell überstrapazierte Deutschland trifft und im Moment nicht bezahlbar ist.“ Daraufhin fragt das Blatt: „Dieser Umstand scheint die Mehrheit ihrer Fraktionskollegen nicht gestört zu haben.“ Gauweiler: „Leider nein, Andererseits möchte ich gerade die Leser der Jungen Freiheit für die historische Ungerechtigkeit sensibilisieren, die ein – aus genannten Gründen gebotenes – Votum gegen Rumänien und Bulgarien eben auch darstellt.“ Gauweiler redet dem Blatt keineswegs nach dem Munde, behandelt sie aber als Bündnispartner. Nicht ungeschickt. *jöd* ■

„Rumänische Banden im Anmarsch“

Nationalzeitung 50-2006

Die Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in die EU zum 1. Januar 2007 nimmt das Blatt zum Anlass, in pauschaler und übelster Weise gegen Zuwanderer aus diesen Ländern zu hetzen. Zwar beteuerten die Regierungen, es würden keinesfalls masssenhaft Zuwanderer in die Länder der EU strömen, doch schon heute spreche man in Spanien in manchen Orten von „Klein-Bukarest“ und „Neu-Sofia“. Vom Treiben dieser Zuwanderer erführen die Einheimischen hauptsächlich aus den Kriminalstatistiken.

„Mein Jahr im Gefängnis“

Nationalzeitung 2-2007, vom 5. Januar 2007

David Irving, nach 13 Monaten in österreichischer Haft jetzt auf Bewährung entlassen, gibt dem Blatt ein „Exklusivinterview. Zunächst moniert er, dass die österreichische Justiz ihn um Vorlesungen gebracht hat an der Universität in Denver, für die er die Flugtickets schon gehabt hätte. Allerdings habe er in der Haft viel Zeit gehabt, an seiner Himmler-Biographie und seiner Auto-Biographie zu schreiben – „4000 Seiten, mit der Hand, versteht sich.“ „Und diese beiden großen Werke werde ich in den kommenden Monaten vollenden“. Auf die Frage, wie er in der Haft habe wissenschaftlich arbeiten können, antwortet Irving: „Es war nicht einfach, denn ich musste auch an die notwendigen Archivalien herankommen. Das Münchner Institut für Zeitgeschichte hat mich dabei mit Dokumenten unterstützt, vor allem aus der dortigen ‚Aktensammlung Irving‘.“ Nur Briefwechsel seien kompliziert gewesen.

In der Haft sei er korrekt behandelt worden. Er sei sogar um Autogramme gebeten worden: „Selbstverständlich kam ich dem nach“, fügt er eitel hinzu und kündigt an: „Über meine Erlebnisse in den Haftanstalten, Gerichten und Polizeibehörden Österreichs berichte ich in meinem demnächst erscheinenden Buch „Meine Gefängnisse“. LeserInnen der NaZe finden denn auch auf der Seite des Deutschen Buchdiensts bereits eine Anzeige für dieses Machwerk, das sie ab sofort bestellen können. Irving kündigt an, vertreten durch seinen Rechtsanwalt Dr. Herbert Schaller gegen Österreich wegen seiner Gesetzgebung und der damit zusammenhängenden Rechtsprechung vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen zu klagen. *u.b.* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

Erscheinungsweise: 14-täglich

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

Spendenaufruf:

2000 Euro für die Antifaschistischen Nachrichten!

Bis Jahresende waren es

1436,10 Euro

Vielen Dank allen Spenderinnen und Spendern!

Spendenkonto: GNN-Verlag
Postbank Köln, BLZ 370 100 50
Kto. 10419507
Stichwort: Spende Antifa-Nachrichten